DOKUMENTATION ÜBER DAS INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN

PREIS 1,- ODER MEHR

HERAUSGEGEBEN VON:

spartacus – Zentralorgan des SPARTACUSBUNDES

zbw – Zeitung für den Zweiten Bildungsweg

CHAMISSO BLATT – BLEIBT NICHT EINSAM......MOTZT GEMEINSAM! – EINE ZEITUNG VON UND FUR BEWOHNER UM DEN CHAMISSOPLATZ

einundzwanzig – Moabiter Stadtteil-Zeitung

FSZ – Friedenauer stadtteilzeitung

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN – 5. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

radikal

ROTFRONT-STADT

ezeiROTFRONT-erzieher zeitschrift

eszet – westberliner schülerzeitschrift

ERKLÄRUNG WESTBERLINER ALTERNATIVZEITUNGEN

Am 17.10. durchsuchte ein Großaufgebot von 240 Polizisten und Staatsschutzbeamten in Westberlin die Druckerei AGIT, den Buchvertrieb Maulwurf, drei linke Buchläden (Commune, Politisches Buch, Buchladenkollektiv Savignyplatz), das gemeinsame Büro des »INFO-Berliner Undogmatischer Gruppen« und der Roten Hilfe sowie 32 Privatwohnungen. 11 Personen, darunter die Geschäftsführer der genannten Projekte, wurden vorläufig festgenommen und z.T. mit brutaler Gewaltanwendung erkennungsdiesntlich behandelt. Gegen einen Geschäftsführer von AGIT-Druck wurde Haftbefehl erlassen. In den Tagen danach wurde der zweite Geschäftsführer und zwei weitere ehemalige (!) Mitglieder des AGIT-Druck-Kollektivs festgenommen. Alle vier sind noch immer in Haft. Wegen der »zu erwartenden hohen Strafe« wurden beim Haftprüfungstermin am 27.10.77 weitere Untersuchungshaft angeordnet.

Die Aktion richtet sich gegen »die unbekannten Verfasser, Hersteller und Verbreiter der periodischen Zeitschrift 'INFO-BUG'«. Das 'INFO-BUG' erscheint wöchentlich seit 3½ Jahren und wird seitdem bei AGIT gedruckt. Das 'INFO-BUG' versteht sich als offenes Informations- und Diskussionsforum der undogmatischen Linken. Es gibt keine Redaktion, die im INFO erscheinenden Artikel werden nicht zensiert.

Den Druckern wird vorgeworfen gegen § 129a verstoßen zu haben durch den Druck des INFO, das verschiedentlich allgemein zugängliche Erklärungen der »Revolutionären Zellen« und verschiedener Stadtguerillagruppen dokumentiert hat, die großenteils z.B. auch in der »WELT« abgedruckt waren.

Wir wenden uns dagegen, daß Drucker und Vertriebsorganisationen für die Inhalte der Publikationen haftbar gemacht werden sollen, die sie herstellen bzw. verbreiten. Für Drucker bzw. Buchhändler ist es unzumutbar, jedes Buch und jede Zeitschrift durchzulesen und auf strafbare Inhalte hin zu überprüfen.

Wir wenden uns dagegen, daß die Drucker, Verkäufer und Vertreiber einer nicht verbotenen Zeitung wie das »INFO-BUG« kriminalisiert werden sollen.

Wir treten dafür ein, daß das »INFO-BUG« als legale Zeitung der Berliner undogmatischen Gruppen erhalten bleibt.

Wir fordern:

Sofortige Freilassung von Gerdi Foß, Henning Weyer, Martin Beikirch und Jutta Werth!
Rücknahme der erlassenen Haftbefehle und sofortige Einstellung aller Ermittlungsverfahren!
Uneingeschränkte Pressefreiheit!

Redaktion der "Einundzwanzig" -Stadtteilzeitung für Moabit

Chamissoblatt

Courage

Redaktionskollektiv der "ZBW" -Zeitung für den zweiten Bildungsweg

Radikal

HEZ -Heim und Erzieher Zeitschrift

Rotfront - Stadt

Lateinamerika Nachrichten

Spartacus

Redaktion der BERLINER HEFTE

FSZ -Friedenauer Stadtteilzeitung

ESZET -Westberliner Schülerzeitschrift

Weiterhin wurde die Erklärung von zwei westdeutschen Zeitungen unterzeichnet:

Blatt - Stadtzeitung für München GmbH

KEKS - Verlag, Stadtzeitung und Druckerei Münster

Chronologie der Ereignisse

seit dem 17. 10. 77

Zu den Vorfällen die in den letzten 4 Wochen in Zusammenhang mit dem Info passiert sind. In den Ermittlungsfahren, die eingeleitet worden sind steht überall der selbe Anklagepunkt. Es wird behauptet, daß die Leute an der Herstellung und der Verbreitung des Info maßgeblich beteiligt waren . Durch diese Handlung sollen sie terroristische Vereinigungen aller Art unterstützt haben und für neue Mitglieder geworben haben.
Alle Personen werden nach dem §129a der auch erst seit kurzer Zeit existiert angeklagt.

§129a ist Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

Einen definitiven Handlungskatalog gibt es nicht. Die mindest Strafe liegt bei 6 Monaten und die Höchststrafe liegt bei 5 Jahren Knast.

Die Aktion der Bullen, die am 17.10.77 gelaufen ist und wobei auch nach und nac 4 Leute, die in Verbindung mit der Druckerei Agit gebracht worden, sind in den Knast gekommen. 3Leute sitzen immer noch in Untersuchungshaft. Diese Aktion war schon lange vorbereitet. So wurde das Wespennest in der Dresdnerstr. seit mindestens 2 Monaten observiert. Auch Agit ist sicher immer wieder überwacht worden. Die Hausdurchsuchungsbefehle waren meist schon über eine Woche alt.

Am 17.10.77 machten sie dann in 38 Wohnungen und Projekten Hausdurchsuchungen, um Beweismaterial zu finden.

Auf die Druckerei Agit, die schon seit 6 Jahren existiert und auch druckt, hatte sie es wohl besonders abgesehen. Agit hat während der ganzen Zeit für hunderte von Gruppen gedruckt. Es ist also auch von daher nicht einzusehen, warum sie sich immer mit dem Inhalt ihrer Druckwerke hätten identifizieren müssen. Warum sollten sie sich also mit dem Inhalt des Infos identifiziert haben. Das wird ihnen aber vorgeworfen, und von daher werden sie auch zur Verantwortung herangezogen.

Am Montag den 17.10.77 fingen sie also an, durchsuchten alles, was sie nur für möglich hielten. Gingen in alle Wohnungen ob nun die Bewohner nun da waren oder auch nicht. Holten Leute von ihren Arbeitsplätzen und aus der Schule raus und nahmen sie vorläufig fest.

Von den 11 Leuten, die am Montag festgenommen wurden, kamen 10 nach ED - Behandlung wieder frei. Gerda Foß (Gewerbeträger von AGIT) wurde am nächsten Tag dem Haftrichter vorgeführt und befindet sich immer noch (17.11.) in U-Haft. Am Tag darauf, 18.10.77 holten die Bullen Martin Beikirch von seinem Arbeitsplatz. Martin war früher einmal Gewerbeträger bei AGIT,arbeitet dort aber schon lange nicht mehr, Auch gegen ihn wurde Haftbefehl erlassen. Nach seinem 1. Haftprüfungstermin wurde er gegen eine Kaution von 10.000 Mark und einer Meldeauflage wieder freigelassen. In der Nacht vom 17.10. zum 18.10.wurde Henning Weyer (Gewerbeträger bei AGIT) dann in Dreilinden, als er aus Westdeutschland kam, festgenommen. Er wurde dem Haftrichter vorgeführt und befindet sich auch immer noch in U-Haft.Jutta Werth, die bis Ende Juli Gewerbeträger bei AGIT war, wurde am 26.10. auf der Post verhaftet.

Während derganzen Woche wurde dann auf vielen Treffen diskutiert,was weiter laufen soll. Für Sonntag, den 24.10. 77 wurde zu einem großen INFO -Mach-Fest eingeladen, Es erschienen ca. 200 Leute.

Die ersten Seiten waren layoutet,als um halb acht 18 Wannen vorfuhren. Bei diesem Überraschungsangriff wurden 40 im Laden befindliche Leute festgenommen und zur ED-Behandlung abtransportiert. Im Laufe des Abends kam es zu einem spontanen Demonstrationszug zur Polizeikaserne Friesenstr., an dem sich ca. 150 leute beteiligten, Dort wurde die Demo von den Bullen zerschlagen, undes begann eine wilde Jagd durch die Strassen Kreuzbergs. Bei den Prügeleien der Greiftrupps wurdenerneut einige Leute festgenommen und eine Frau erheblich verletzt.

Zum 31. 10. wurde zu einer Demo mit Kundgebung vor dem Knast aufgerufen; an dem Aufruf beteiligten sich an die 20 verschiedene Gruppen, es nahmen 5000-6000 Leute daran teil.

INFO-SELBSTDARSTELLUNG

ZUR HERAUSGABE -





Im Dezember 73 hatte der LANGE MARSCH zu einer Diskussionsverantstaltung eingeladen,um Fragen der undogmatischen Linken möglichst öffentlich zu diskutieren,Der ersten Verantstaltung folgten nun regelmäßig jeweils mittwochs Treffen(das Mittwochsplenum).Im Unterschied zum eher langfristigen Konzept des Langen Marsches machte die Gruppe Undogmatischer Marxisten Ende Januar 74 konkrete Vorschläge für erste Organisierungsschritte.Ein Vorschlag war das INFO.Es wurde im laufe der Diskussionen von fast allen Gruppen als grundsätzlich sinnvoll angesehen,aber in den Gruppen selbst noch nicht abschließend diskutiert.

DES INFOS

Ein Mangel der bisherigen Zeitungen und Infos, in das stand was uns interessierte, war deren geringe Aktualität. Eine Ausnahme machte unter andrem die alte 883, die über ein Jahr wöchentlich erschien. Ein zweiter Mangel der meisten Zeitungen ist die Tatsache, das diese Zeitungen von einer Redaktion gemacht werden, die sich mit ihrer Redaktionsarbeit als politisch arbeitende Gruppe versteht und im Zuge "revolutionärer Arbeitsteilung" über das schreibt - wenn überhaupt - was andere tun. Zeitung schreiben wird zur ausschließlich politsichen Praxis. Die Redakteure begründen das auch immer mit der aufwendigen Zeitungsherstellung.
Wir haben nun vor, daß das INFO 1. wöchentlich erscheint und aktuell ist, 2. das es von möglichst vielen Gruppen getragen wird und nicht von einer Redaktion. Das INFO versteht sich nicht als x-beliebiges Blatt, sondern als ein Ausdruck der Organisierung UNdogmatischer GRuppen, als Mittel, das so gut oder so schlecht ist, wie die Zusammenarbeit der Gruppen die es tragen. Für eine Organisierung sind aber nicht nur Informationen Notwendig, was sich in einer Woche in der GRuppenarbeit oder anderwo ereignet hat, sondern wie müssen unsere ERfahrungen vermitteln und schlüsse darausziehen lernen für eine gemeinsame politische Perspektive aller Bereiche, in denen wir arbeiten. Das INFO - so stellen wir uns das vor, besteht also im wesentlichen aus drei Teilen, die natürlich nicht scharf voneinander zu trennen sind. Der erste TEil enthält aktuelle Informationen, im zweiten Teil Berichten die Arbeiten Gruppen im dritten Teil wollen wir eine Theoriediskussion in Gang bringen die es uns ermöglicht, das allen Arbeitsbereichen (Betrieb Stadtteil,Uni) gemeinsame zu sehen und eine Stratgie zu formulieren, die uns größere Sicherheit bei unserer Kleinarbeit bringt, weil wir allmählich herausfinden worauf unsere Arbeit eigentlich hinauslaufen könnte und welche gesellschaftliche Bedeutung sie hat.

Diesem Anspruch entsprach es nicht ganz. Nach 3 Monaten zeigte es sich,daß im INFO die Organisationsdebatte zu kurz kam, der Fehler lag an den undogmatischn Gruppen und ihrer fehlenden Diskussion über eine Organisierung. Ein Vorschlag zur Abhilfe war der Abdruck von Aufsätzen und ARtikeln(zu Strategie- und Organisationsdiskussion) Die anderen beiden Punkte (Information und Gruppenberichte) kamen allerdings (doch) zum Ausdruck. Wie der ein Jahr später tauchten technische Probleme auf die es immer wieder gab; es kamen nicht genügend Leute die den technischen Kram (z.B. Kleben legen, verteilen und versenden) machten. Eine Redaktion gab es trotz alledem nicht, sie wurde auch von keinem gefordert.

Durch die Ereignisse um die RAF Ende 74 und den Artikeln im INFO kam es zur erneuten Kritik."Es ist klar, das automatisch während einer Kampagne der Anteil der Thematisch dazu passenden Artikel steigt, nicht klar ist aber, daß dadurch das Meinungsspektrum in einer Richtung eingeengt wird, d.h. ganz konkret, daß die große Anzahl der Stellungsnahmen zur RAF, 2.JUNI,Knastkampagne nicht mehr die verschiedenen Strömungen der undogmatischen Linken wiederspiegelt, sondern daß das INFO in einer bestimmten Richtung funktionalisiert wird." Dieser Vorwurf ist "beim jetzigen Zustande kommen des INFOs" fehladdressiert, denn "DIE Kritik" sollte sich vor allem an alle diejenigen Richten, "die nichts mehr über ihre Arbeit oder ihre Diskussionsprozesse berichten, um so die derzeitige Einseitigkeit des INFOs wieder aufzuheben."Hervorgehoben wurde auch: "Es ist zwar sehr wichtig sich breit mit der RAF auseinanderzusetzen, doch kann das nicht dazu führen, daß die RAF-Diskussion unsere politische Ausrichtung.so bestimmt,wie in der letzten Zeit, wir müssen dazu k ommmen, eine 'andere' Politik zu machen (RK-Frankfurt) d.h. sich zu überlegen und (hoffentlich auch so im INFO zu diskutieren) zu praktizieren, etwa folgende Probleme - im Stadtteil - aufzugreifen. (z.B, neue Volljährigkeitsregelung zum 1.1.75, Jugendarbeitslosigkeit,...).

enen Gruppen zu organisieren, die der Tendenz einer Borniertuhgxk auf ihren Betriebs-,Stadtteil-,oder Unibereich ausgesetzt waren."Hier wurde erfolgreich,aber nicht genügend, angesetzt."Die vielen Versuche, irgendwo was aufzureißen, sollten nicht mehr undiskutiert in der Versenkung bleiben, sondern jeder Schritt sollte für alle Interessierten durchsichtig gemacht werdnn. Alle sollten lernen können. Diese Konzeption ist von vielen Genossen einfach nicht begriffen worden. Wine Zeitung, die keinen anderen Anspruch hat, ald der Spiegel einer Bewegung zu sein, kann natürlich nur STagnation zum Ausdruck bringen, wenn es diese Bewegung nicht gibt, oder nicht mehr (noch nicht) gibt. Diesesim Grunde konsequente Prinzip ist von vielen einfach nicht akzeptiert worden. Man ist eben

auch als Linker (oder soetwas ähnlichem) daran gewöhnt, sich linke Zeitungen zu kaufen und zu konsumieren. "links","Epress", "LANGER MARSCH","arbeiterkampf", Chile-,Portugal-,Spanien-,Italien-.Afrika-,Gewerkschafts-,Anterepressionsbroschüren, -analysen und -reportagen stehen heute geradezu tonnenweise dem linken Konsument zur Verfügung, so daß wir fast immer mit gutem Gewissen daruf verzichten konnten, nun von uns aus die BEwegung im Weltmaßstab aufzugreifen und m mit besonderen Einschätzungen abzudecken. Aber genau dies war, wie wir oftmals erfahten konnten, der Wunsch vieler Genossen. Häufig wurden die unsinnigsten Vergleiche angestellt zwischen den INFO-Inhalten und andern mehr oder weniger "vorbildlichen" Bäättern, Vergleiche,

die wir nie gesucht haben und bis zum heutigen Tage ablehnen."

Inzwischen hatte sich aus dem häufiger erscheinenden Leuten eine Gruppe herausgebildet, dieüber's INFO uns seine Inhalte diskutierten. In dieser Gruppe kam aus dem Gefühl von Unbehagen über die Inhalte des INFOs und dem 'unverhalten' ihnen gegenüber, die Idee eines Redaktionskolleektives welches die Inhalte verantwortet. Darüber konnte sich die Gruppe allerdings nicht einigen, waruf sie sich bald auflöste und das INFO mit dem alten Anspruch recht und schlecht weitergetragen wurde.

Heute kann es so wohl nicht mehr weitergehen, wenn man die Leute nicht durch Verhaftungen verheizen will, so daß die Berliner undogmatischen Gruppen erstmal wieder ihren Anspruch an eine Zeitung diskutieren sollten, bevor ein neues INFO wieder erscheint oder nicht.

Als Résümee für das letzt Jahr können wir nur auf das INFO-Bug 179 hinweisen, in dem einige Gruppen, die Artikel im INFO veröffentlichten, die Situation aus ihrer Sicht darstellten.



GRUSSADRESSE AN DIE DEMONSTRATION ZUR SOFORTIGEN FREILASSUNG DER 4 INHAFTIERTEN DRUKKER VON AGIT-DRUCK AM 31.1o.77 IN WESTBERLIN

Am 17.1o. und 18.1o.77 wurden drei Drucker der AGIT-Druckerei während einer großangelegten Durchsuchungsaktion der Druckerei, einiger Buchläden und Wohnungen verhaftet. Am 26.1o. wurde die vierte (ehemalige) Druckerin von mit MPs bewaffneten Polizeibeamten auf der Post verhaftet. Seitdem sitzen sie in Untersuchungshaft. Begründung: Sie haben eine terroristische Vereinigung unterstützt, indem sie als verantwortliche Gewerbeträger von AGIT-Druck die Druckschrift INFO-BUG gedruckt haben. Die AGIT-Drucker wurden aufgefordert, das INFO nicht mehr zu drucken. Andernfalls würde man die Druckerei schließen. Durch diese Verhaftungsaktion sollen die Druckereien in eine kriminelle Ecke gestellt werden. In einem Klima der Einschüchterung und Sympathisantenhetze wird durch diesen Schritt gezielt versucht, das Grundrecht auf Presse- und Meinungsfreiheit schon bei der Herstellung von Druckerzeugnissen einzuschränken, eine Zensur durch die existentielle Bedrohung von Druckereien durchzusetzen. Diese Maßnahmen müssen gemeinsam von allen demokratischen und fortschrittlichen Menschen aufs Entschiedenste bekämpft werden.

Druckerei Hein & Co, Hamburg; Druckerei Järnecke, Hamburg; Druckrei Molnar, Hamburg; Bockenheimer Druckwalze in Frankfurt; Druckwalze in Kreuzberg, Westberlin.

Nach oder während dem ersten Jahr erscheine n des INFO-BuG war die alte Konzeption , die funktionierende Wechselbeziehung zwischen Mipl. und Zeitung, am nicht Funktionieren des Mipl. gescheitert.Die Struktur des Plenums bot keine Vor aussetzung für eine kontinuierliche Arbeit, da ständig Teilnehmer (bis auf einen wackeren Stamm) wechselten. Das hatte zur Folge, das sich das INFO vom Mipl. inhaltlich löste. Es hatte sich eine offene Gruppe von cirka 10-15 Leuten heraus kristallisiert, die das INFO jede Woche vor allem technisch trugen. Es kamen immer mal wieder neue Leute hinzu, andere blieben mal einige Wochen weg, auf jeden Fall waren es immer genu g um die Zeitung weiterlaufen zu lassen. Inhaltlich ist dies nur möglich gewesen, weil jede Woche berichte zu aktuellen Ereignissen von Gruppen oder Individuen mit der Post oder persönlich zu uns gelangten. Diese Methode der Herstellung ist beim INFO eigentlich immer die gleiche geblieben.

Im Juni 75 war das Mipl. gestorben, da die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Struktu r, die es den Spontis ermöglicht Erfahrungen aus verschiedenen Bereichen zusammen zufassen und aus ihnen zu lernen, innerhalb der Initiativen vollkommen unterentwickelt war. Man Konzentrierte sich auf das Bedürfnis nach dem INFO: "Vom INFO

"ES sollte unser nächster SChritt sein eine Struktur in das INFO reinzubringen, um unsere Diskussion kontinuierlicher und konsequenter zu gestalten.

Der zum Teil immer noch existierende Zufallscharakter der Artikel muß verschwinden. die Themen müssen an den verschiedenen Problemen mit denen wir konfrontiert sind, anknüpfen. Wir sollten auch die Bildung von Arbeitsgemeinschaften diskutieren und initieren, die sich mit bestimmten Bereichen schwerpunktmäßig befassen und ihre ERfahrungen im INFO vermitteln. Dazu scheint es notwendig, einen Termin



der INFO-Gruppe einzurichten, an dem wir selbst Schwerpunkte unserer Arbeit diskutieren sollten. Das INFO steht natürlich weiterhin als Diskussionsorgan für die verschiedenen Gruppen zur Verfügung."

. . . .

Mit der ERklärung und Selbstdarstellung der Bewegung 2. Juni im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung wurde über die Veröffentlichung des Artikels die Diskussion um Zuständigkeit, Zensur, Inhalt (anspruch des INFOs) neu in Gang gebracht. Die Leute beim INFO war sich in bezug auf Abdruck des Artikel nicht schlüssig, das Mipl, sollte entscheiden - es entschied sich für den Abdruck.

Grundsätzlich stellte sich die Frage : Wer bestimmt den letzlichen Inhalt des INFOs, nach welchen Kriterien darf die "Redaktion" auswählen.

Bislang war (fast)alles abgedruckt worden was zugeschickt wurde. Das fast hatte sich nur auf Artikel bezogen, die entweder zur dogmatischen K-Ecke oder Richtung Berliner Stimme zugeordnet werden konnten. Weiterhin wurden Artikel ausgesondert die nur auf Polemik aufgebaut waren. Die Frage der Auswahl wurde zur Diskussion in INFO ausgesetzt, eine Diskussion die sich durch die ganze INFOgeschichte zog.Im besonderen auch auf die Frage ob Erklärungen von den Stadtguerilla-Gruppen abgedruckt werden sollen.

Eine Argumentation dazu war:"Wir begreifen die Veröffentlichung von Stadtguerilla Gruppen-Erklärungen als zwingende Notwendigkeit, denn sie werden sonst nicht vollständig publiziert, aber gerade dieses ist für die Meinungsbildung erforderlich. Man darf nicht nur die Aktionen einschätzen, sondern muß auch die Selbstdarstellung der Stadtguerilla-Gruppen mit einbeziehen."

Die ande Position beihnhaltete im wesentlicen folgende Punkte:

Durch die Veröffentlichung der ERklärungen von Stadtguerilla-Gruppen ist die Existenz des INFOs gefährdet. Die Politik der Stadtguerilla-Gruppen ist grundsätzlich abzulehnen und gehört nicht zum Spektrum der undogmatischen Linken.

In dieser Diskussion gab es kein gemeinsames Erbegnis, zumal es immer wieder andere Leute waren, die an der Herstellung des INFO beteiligt waren. Zu den abgedrukkten Dokumenten der Stadtguerilla-Gruppen gab es im INFO zahlreiche Leserbriefe,die die gegensätzlich Positionen vertraten.

Im Oktober 76 war der Sponti-Himmel bewölkt und ein nicht sehr schönes Résümee aus dem vorangegangenen wurde gezogen:"Wenn wir eines geschafft haben in den letzten Jahren, dann ist es dies, mit fast allem, war wir mit dem INFO ursprünglich wollten, in Widerspruch geraten zu sein. Wir hatten mal vor, mit dem INFO die Kommunikation zwischen den verschied-

JETZT LANGTS!

Sofortige Freilassung der 4 inhaftierten Drucker von AGIT-Druck!

Am 17. und 18.10. sind drei Drucker des AGIT-Druckkollektivs im Zusammenhang mit einer größer angelegten Durchsuchungsaktion von Wohngemeinschaften und Buchläden verhaftet worden. Am 26.10.77 wurde die vierte (ehemalige) Druckerin von von mit MPs bewaffneten Bullen auf der Post verhaftet. Sie sitzen seitdem in der U- Haftanstalt Moabit.
Der 1. Haftprüfungstermin am 27.10.77 bestätigte die Fortdauer der Haft eines AGIT-Genossen. Selbst gegen Kaution von 10.000 DM wurde der Genosse nicht freigelassen. **Das zu erwartende Strafmaß ließe eine vorläufige Entlassung nicht zu.** Bei den Haftprüfungsterminen der anderen drei Genossen sind kaum andere Beschlüsse zu erwarten.
Ihnen wird vorgeworfen, Terroristische Vereinigungen unterstützt oder für sie geworben zu haben, indem sie als verantwortliche Gewerbeträger von AGIT-Druck die Druckschrift INFO-BuG gedruckt haben.
Das INFO-BuG versteht sich seit 4 Jahren als offenes Informations- und Diskussionsorgan der undogmatischen Linken.
AGIT-Druck ist ein Druckkollektiv, das durch niedrige Preise, kurzfristige Erledigung von Aufträgen, zeitweiligen Feierabend oder Wochenend-Einsatz auch Gruppen unterstützt, die sonst nur unter größeren finanziellen Opfern ihre Sachen gedruckt bekommen.
Die Gruppen für die es unter anderem druckt: GEW, dPG, Humanistische Union, Mieterinitiativen, Stadtteilgruppen, Jugendfreizeitheime und Zentren, Rote Hilfe, verschiedene Gemeinden der Evangelischen Kirche, Kneipen, Hochschulgruppen, KB, Komitee gegen Berufsverbote, Ausländergruppen, Frauenzentrum, Initiativen gegen Atomkraftwerke, BI-Westtangente, BI Feuerwache usw.
Mit den Festnahmen der Drucker Gerdi Voß, Henning Weyer, Martin Beikirch und Jutta Werth versucht der Staat direkt, die Presse und Informationsfreiheit einzuschränken.
Arbeiter, Schüler, Lehrlinge und Studenten, die sich zusammenschließen, um ihre Interessen durchzusetzen, brauchen dazu eigene Zeitungen und Druckschriften. Zu diesem Zweck trafen sich am Sonntag, den 23.10., ca. 150 Leute, um das INFO-BuG gemeinsam herzustellen. Dies versuchte der Senat mit einem Polizeiüberfall zu verhindern. Dabei wurden willkürlich 40 Leute verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt.
Die nach und nach stattfindende Illegalisierung aller, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung zusammenschließen geht einher mit den direkten Verbotsanträgen gegen KBW, KPD, KPD/ML und KB. Diese Verbotsanträge sind nur Teil der Gesetzesmaßnahmen, mit denen der Staat sich seiner politischen Gegner zu entledigen sucht. Auch die Verteidigung von politischen Gefangenen wird weiter kriminalisiert. So wurde gegen Rechtsanwalt Ströbele ein eingeschränktes Berufsverbot ausgesprochen. Rechtsanwalt Spangenberg wurde aus der Anwaltskammer ausgeschlossen.
In einem Beschluß des Kammergericht wird dem Westberliner Prozeßbüro die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen, weil es sich gegen den Abbau der Verteidigerrechte wendet und Öffentlichkeit über die Prozesse gegen politische Gefangene schafft.
Die massivste Form ihrer Vernichtung durch Gesetze bisher (!) wird durch das Kontaktsperre-Gesetz legalisiert.

Diese Maßnahmen treffen uns alle!

Die Verhaftung der vier AGIT-Drucker ist ein praktischer Schritt zur Durchsetzung dieser Vorhaben der Staatsmacht!

Wir fordern:

Sofortige Freilassung von Gerdi Voß, Henning Weyer, Martin Beikirch und Jutta Werth!
Rücknahme der erlassenen Haftbefehle und sofortige Einstellung aller Ermittlungsverfahren!
Uneingeschränkte Organisationsfreiheit!
Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD, KPD/ML und KB!
Uneingeschränkte Pressefreiheit!
Weg mit dem Kontaktsperregesetz!

Demonstration

Montag, 31 Oktober 1977 17 Uhr

Wittenbergplatz

TU verschärft Raumvergaberichtlinien

Die unterzeichnenden Organisationen führen in der nächsten Woche eine Veranstaltung zu den oben aufgezeigten Angriffen und zu Stammheim durch. Das Präsidialamt stellt jedoch folgende Bedingungen auf:
Ein Angehöriger der TU muß die Veranstaltung anmelden und fünf weitere Perönlichkeiten oder universitäre Organisationen müssen für den Inhalt der Veranstaltung bürgen. Und jetzt der Hammer: **Dem Präsidenten der TU muß das Recht vorbehalten sein, vor Verantsaltungsbeginn eine Erklärung gegen den „Terrorismus" vor dem Auditorium abzugeben.** (Demnächst müssen wir uns wohl vor jeder Veranstaltung einen Bericht zur Lage der Nation anhören).
Wie wir darauf reagieren, ist noch nicht klar. Spätestens auf der Abschlußkundgebung der Demonstration wird bekanntgegeben, wie und wo und wann die Veranstaltung steigt.

Aktionsrat der Biologen FU, Anti-AKW-Gruppe TU, Anti-AKW-Gruppe Kreuzberg, Berliner Hefte (Zeitschrift für Kultur und Politik), Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke Moabit, Bürgerinitiative Westtangente, FHSS-Komitee gegen Berufsverbote und politische Disziplinierungen, Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV), Kommunistischer Bund (KB), Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW), Kommunistischer Jugendbund (KJB) Radikal (Redaktionskollektiv), Rauchhaus, Rote Hilfe Westberlin, Redaktion „Commune", Spartacusbund, Schülerzeitung (Bz), Sozialistischer Studentenbung (SSB), Stadtteilzeitung Moabit, („einundzwanzig"), UStA-Antirepressionsrefferat, Vereinigung Sozialistischer Kulturschaffender, Weiberplenum, Zeitung für den zweiten Bildungsweg (ZBW) vorläufiger USTA-Rat, ASTA-PH (Laus)

Unterstützt wird die Demonstration weiterhin von:
Antifaschistischer Gruppe, Bund sozialistischer Lehrer und Erzieher, Drugstore, Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), Liga gegen den Imperialismus, Rote Hilfe e.V.

Verantwotlich im Sinne des P
Susanne Roessg... Hanielweg 21 - 23, 1000 Berlin 48

ERKLÄRUNG zur versuchten Kriminalisierung v. Linken Druckereibetrieben und Buchläden

Am Montag, dem 17.Oktober 1977 wurden gegen1+ 10 Uhr zahlreiche Privatwohnungen, eine Druckerei, ein Vertrieb, und drei Buchläden von Polizisten und Beamten des Staatsschutzes durchsucht. Elf Personen, darunter die Geschäftdführer der genannten Projekte, wurden festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.Zehn sind am selben Tag wieder freigelassen worden. Gegen einen erging sofort Haftbefehl. Ein zwölfter ist in der darauffolgenden Nacht auf dem Rückweg von der Frankfurter Buchmesse am Kontrollpunkt Dreilinden festgenommen worden. Gegen ihm erging am Dienstag Haftbefehl, ebenso gegen einen Dritten.

Gegen alle dreizehn Personen läuft ein Ermittlungsverfahren wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung". Die Aktion richtete sicgegen "die unbekannten Verfasser, Her--steller und Verbreiter der der periodischen Zeitschrift" INFO-BUG!" Die drei Verhafteten sind Mitglieder des AGIT- Druckkollektivs und in ihrer juristischen Funktion Gewerbeträger der Firma. Das INFO - BUG wurde wie im Impressum zu lesen, bisher bei AGIT gedruckt

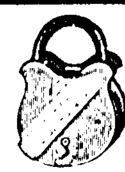
Der Haftbefehl könnte jederzeitgegen die Verbreiter, in diesem Fall gegen die Geschäftsführer der Buchläden, erlassen werden. Aus offensichtlichen Opportunitätserwägungen hat die Staatsanwaltschaft bisher darauf verzichtet, Im Wesentlichen wird der Haftbefehl damit begründet, daß sich die Drucker mit dem Inhalt dessen, was si e drucken, identifizieren.Allein das Spektrum derer, für die AGIT druckt, widerlegt eine solche Annahme,denn ihre Auftraggeber vertreten die unterschiedlichsten politischen Positionen: GEW,Post-Gewerkschaft, Humanistische Union, Mieterinitiativen Stadtteilgruppen, Jugendfreizeitheime.,Rote Hilfe,verschiedene Gemeinden der evangelischen Kirche Kneipen, Hochschulgruppen,Frauenzentrum, Bürgerinitiativen und vieles mehr.

Uns ist bisher kein Fall bekannt geworden, in dem der Drucker einer Zeitung für den dort vertretenen Inhalt verantwortlich gemacht worden ist. Als Beispiel für viele sei hier an die SPIEGEL - Affaire erinnert: der SPIEGEL hatte einen Artikel , der den Straf bestand der Preisgabe von Staatsgeheimnissen erfüllten, veröffentlicht. Es wurde gegen die beiden verantwortlichen Redakteure und den Herausgeber ermittelt, nicht aber gegen di e Druckerei und den Vertrieb, Im jetzigen Fall hingegen wurde von einzelnen INFO-Artikeln behauptet, daß sie gegegen den§ 129a verstoßen, verhaftet wurden die Drucker. Diese Haftbefehle sind für jeden Drucker, Buchhändler und Vertrieb existenzgefärdend, weil verlangt wird, daß jeder an Herstellung und Verbreitung Beteiligte alles liest, Gestze und deren Auslegung in Gerichtsurteilen überblickt. Eswird ihnen eine Verantwortung zugeschoben, die dann doch besser gleich von einer offiziellen Zensurinstanz wahrgenommen werden sollte.

Wir fordern die sofortige Aufhebung der Haftbefehle, die Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen Drucker und Vertreiber un d außerdem die Freigaber der beschlagnahmten Druckmaschinen. Die beschriebene Rechtsunsicherheit bleibt weiter bestehen, solange nicht verbindlich geklärt ist, daß Drucker und Vertreiber nicht für der Inhalt dessen, was sie drucken und vertreiben, verantwortlich gemacht werden können.

Rotbuch- Verlag, Verlag Klaus Wagenbach, Buchhandlung Comune, Buchladenkollektiv, AGIT - Druck, das Politische Buch, Karin Kramer -Verlag, Basis - Verlag, Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung, Maulwurf - Buchvertrieb, Kinderbuchladen Kreuzberg, "Kirchkern" - Buchversand, G. Schmidt, 1. Vorsitzender der GEW.





IMPRESSUM

verantwortlich: die unterzeichner der resolution auf seite 2

c/o rad... gustav-müllerstr. 46, 1ooo berlin 62

GEGEN DIE ANGRIFFE AUF PRESSE- UND MEINUNGSFREIHEIT

Die nach der Schleyerentführung entfesselte Hexenjagd ist mit Recht in letzter Zeit immer wieder mit der McCarthy-Ära in den USA Anfang der 50iger Jahre verglichen worden. Die "Systemveränderer" schlechthin - also jeder, der im Kapitalismus nicht unbedingt die Beste aller möglichen Welten sieht - werden als Wegbereiter und "Sympathisanten" des Terrorismus vor's Tribunal gezerrt. Mehr noch: selbst derjenige, der beispielsweise nur neue Wege in der Pädagogik gegen wollte oder sonstwie bestehendes und "althergebrachtes" kritisch in Frage gestellt hat, wird dem "geistigen Nährboden des Terrorismus" zugerechnet. Demokratische Intellektuelle werden unter Drohungen des Ruins ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Existenz zum "Widerruf" gezwungen. Andere legen Selbstverpflichtungen auf den "REchtsstaat" und auf den "Kampf gegen des Terrorismus" ab. Die Auseinandersetzung in der SPD um eine Handvoll "Abweichler , die dem neuen Kontaktsperregesetz nicht zugestimmt hatten, zeigen, wie auch in der SPD gewaltsam die totale Gleichschaltung durchgesetzt wird. Die Anzeichen sprechen dafür, daß sich dieses Klima der Hexenjagd und Inquisition noch weiter verschärfen wird.

Im Zeichen dieser Hexenjagd stehen gerade auch all die Zeitungen und Zeitschriften, die über diese gesellschaftlichen Verhältnisse, dem Abbau der primitivsten demokratischen Rechte usw. berichten, um eine entsprechende Gegenöffentlichkeit herzustellen. Wieweit diese Angriffe auf die Pressefreiheit bereits gehen, zeigt die Kriminalisierung des westberliner INFO-BuG, das wegen §129a angeklagt wird, nur weil in diesem Organ der Undogmatischen Linken Dokumente der "Revolutionären Zellen", der "Bewegung 2. Juni" usw. abgedruckt worden sind. Dabei ist bemerkenswert, daß in diesem Zuge vier Genossen der Druckerei Agit verhaftet wurden, d.h. der Staatsapperat versucht, nicht nur die Herstellung und Vertrieb des INFO-BuG zu unterbinden, sonder auch anderer linker demokratischer Publikationen.

Es ist weiterhin bezeichnend, daß die Berichterstattung zu den angeblichen "Selbstmorden" bzw. "Selbstmordversuchen" in Stammheim am 18.10.77 einer völligen Gleichschaltung der bürgerlichen Presseorgane unterliegt, und das linke und alternative Presseorgane es nicht einmal mehr wagen dürfen, die vom Staat aufgebauten "Selbstmordthesen" zu Stammheim zu bezweifeln. Während große Teile der ausländischen Presse in Dänemark, Griechenland, Schweden Italien, Frankreich usw. zum Teil offen von Mord reden, macht man sich damit in der BRD strafbar. Die z.T. völlige Gleichschaltung der öffentlichen Medien und ihrer Berichterstattung erfordert, daß die Linken - anders als im Ausland - sogar noch den ganzen Sektor der einfachen Berichterstattung über Vorfälle und Ereignisse in der BRD ersetzen, sozusagen dieses Vakuum füllen müssen. Denn der Bereich der liberal-demokratischen Presse ist in diesem Land so gut wie nicht vorhanden. Ausdruck der völlig eingeschränkten Pressefreiheit ist z.B. die Kampagne gegen den Nachdruck des sog. "Buback-Nachrufs" eines Göttinger "Mescalero", der umgehend zur Beschlagnahme bzw. Kriminalisierung alternativer und linker Publikationen führte.

Mit den Angriffen auf die Pressefreiheit wird versucht, die elementarste Vorraussetzung der Kommunikation, der Artikulation von Demokraten, Sozialisten und Kommunisten zu unterbinden. Die Herrschenden wissen genau, daß die uneingeschränkte Pressefreiheit sozusagen zur Existenzgrundlage der Linken und Demokraten gehört.

Angesichts des herrschenden Klimas ergibt sich daraus dei zwingende Aufgabe der Linken, ungeachtet der politischen Meinungsverschiedenheiten, die Angriffe auf die Pressefreiheit, auf einzelne Publikationen breit und einmütig abzuwehren, u.a. dadurch, daß andere Zeitungen - wie das Beispiel des Buback-Nachdrucks anschaulich gezeigt hat - durch das Abdrucken von kriminalisierten Artickeln, durch Übernahme des Vertriebs verbotener Zeitungen usw. dafür zu Sorgen, daß gerade auch solche Publikationen weiterhin breiten zugang in der Öffentlcihkeit finden. SALA

Ausdruck dieser solidarischen Zusammenarbeit ist es auch, diese gemeinsame Alternativ-Zeitung herauszugeben, um den Angriffen auf die Pressefreiheit breit entgegen zutreten und damit auch die Salami-Taktik der Herrschenden, nur einzelne Artikel bzw. Zeitungen zu Kriminalisieren, zunichte zu machen.

Wir schlagen in diesem Sinne vor, eine Veranstaltung zur Medien-Zensur durchzuführen, an der das breite Spektrum der von den Angriffen betroffenen linken und alternativen Zeitungen teilnehmen solltn. Ziel einer solchen Veranstaltung sollte es unseres Erachtens sein, über die Frage zu diskutieren, wie der Kriminalisierung linker Zeitungen und der Einschränkung der Pressefreiheit wirksam begegnt werden kann.

KB-Westberlin

STELLUNGNAHME DES SOZIALISTISCHEN BÜRO REGION WESTBERLIN

Die Verhaftung von vier Mitgliedern des AGIT-Druck-Kollektivs und die sonstigen Ermittlungsverfahren,Durchsuchungen und zeitweiligen Festnahmen im Zusammenhang mit der Herausgabe und dem Vertrieb des 'Info Berlin Undogmatischer Gruppen' sind ein schwerwiegender Vorgang, der die Frage nach dem STand der demokratischen Grundrechte in der Bundesrepublik und Westberlin in aller Schärfe aufwirft: die AGIT-Drucker werden strafrechtlch belangt für den Druck einer Zeitung, die bis dahin nicht verboten war. Ihnen drohen hohe Haftstrafen für die Reprodukti-on von Inhalten, die sie nicht verantworten.

Mit der ANwendung des §129a (Unterstützung einer kriminellen Vereinigung) gegen über dem INFO-BUG werden nicht nur Erklärungen zu gunsten politischer Gewalt (die größten Teils auch in nicht belangten Zeitungen,"wie "Die Welt" zu lesen waren) strafrechtlich verfolgt, sondern auch Artikel, die sich kritisch mit den Aktionen bewaffneter Gruppierungen in der Bundesrepublik auseinandersetzten sowie Abhandlungen, die nichts mit der Gewaltproblema tik zu tun haben.

Die GRundrechte der Meinungs- und Pressefreiheit sind unveräußerliche GRundlagen einer demokratischen Gesellschaft und von großer Bedeuteung für je glichen gesellschaftlichen Fortschritt. Wir wenden uns entschieden gegen ihren Abbau auch in diesem Falle. Wir setzen uns dafür ein, daß die ERmittlungsverfahren eingestellt, die Verhafteten freigelassen werden und das INFO-BUG als legale Zeitung weiter erscheinen kann.

Die Kriminalisierung politischer Forumszeitungen wie das INFO-BUG trägt unserer Meinung nach dazu bei, die Betroffenen zu Isolieren und für sie die scheinbare Sinnhaftigkeit von Gewaltanschlägen nach dem Muster der RAF zu verstärken. Derartige Maßnahmen des Staatsapperates verbreitern damit die gesellschaftliche Basis des Terrorismus. Terroristische Gewalt wird insofern als Reflex gegebener gesellschhaftlich-politischer Stru kturen produziert.

Unsere Solidarität im Engagement gegen die Einschränkung demokratischer Rechte bedeutet jedoch nicht, die politischen Inhalte des INFO-BUG und die herausgeberischen Methoden der INFO-Redakteure gutzuheißen. Um sich der Straf- und presserechtlichen Verfolgung durch den Staat zu entziehen, weisen die Herausgeber keinen presserechtlich Verantwortlichen aus. DAdurch gefährden sie in unsolidarischer Weise Drucker und Vertriebsangehörige.

Wir halten zudem die abgedruckten STellungnahmen zugunsten Terroristischer Aktionen sowie die verschiedentlich Unkritische Hinnahme derartiger Aktionen für politische falsch und gefährlich. Die Aktion der RAF und anderer bewaffneter Gruppierungen haben keine gesellschaftlich-politische Unterstützung.

Sie tragen dazu bei, gesellschaftliche Mißstände zu verschleiern und festigen die Geschlossenheit der herrschenden Ideologie. Vor allem pervertieren sie Zielsetzung und Inhalt sozialistischen ENgagements, indem sie im Widerspruch zur Zielsetzung, eine befreiende menschliche Gesellschaft zu schaffen, Gewaltmethoden verabsolotieren.

Die unkritische Hinnahme derartiger Denk- und Handlungsweisen spiegelt, so meinen wir, resignation und politische Perspektivlosigkeit wider. Der Niedergang der Studentenbewegung und die soziale Ausweglosigkeit, in der sich viele Jugendliche und Intelligenzler befinden, haben gerade in den alten "Zentren" der Bewegung, wie in West-Berlin udn Frankfurt, zu subkultureller Abkapselung, Verzweiflung und Realitätsverlust geführt.

Hierauf sich gründendes Desperado-Bewußtsein kann nicht leitend sein für sozialistisches Engagement. Im Zug der verschärften imperialistischen Konkurrenz schickt sich die westdeutsche Bourgeoisie an, die Gesellschaft längerfristig und planmäßig reaktionär zu formieren. Hiergegen bringt kurzschlüssiges gewaltsames Aufbegehren die sozialistische Bewegung nicht weiter. Vielmehr kommt es darauf an, aus den gegebenen Lebensverhältnissen und Vorstellungen Punkte des gemeinsamen Widerstands der Unterdrückten und Ausgebeuteten praktisch zu entwickeln udn progressiv weiterzutreiben. Im Augenblick ist es dabei vordringlich, dem zunehmenden Abbau demokratischer Strukturen entgegen zuwirken.

In Bezug daruaf sehen wir im INFO-BUG ein wichtiges Forum der WestBerlin Linken, wenn es - seinem ursprünglichen Konzept entsprechend - wieder dahin zurückfindet, die wirkliche Vielfalt alternativer Anstrengungen und demokratisch-sozialistischen Engegagements widerzuspiegeln.

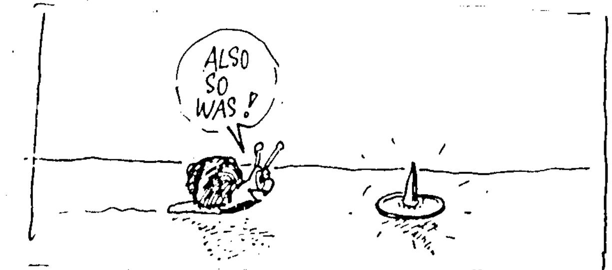


BILD UND WELT GIBT'S SCHON GENUG

Moabit hat drei neue Einwohner. Ihre Adressen: Henning Weyer und Gerdi Foß Alt Moabit 12a,Jutta Werth, Lehrterstr. 61. Drei von über 1ooo in den beiden größten "Wohngemeinschaften" Moabits, die der Staat in Verwahrung genommen hat, damit sie keinen weiteren Schaden arichten können. Der Schaden, den sie angerichtet haben, besteht darin, daß sie Artikel von Personen und Gruppen gedruckt haben, die diesem Staat unbequem sind. Sie druckten für Bürgerinitiativen, gewerkschaftsgruppen und Kirchengruppen. Und sie druckten das INFO-bug (berliner undogmatischer gruppen), ein Informationsblatt von und für unorganisierte linke Gruppen.

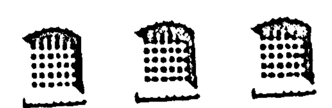


Die Staatsanwaltschaft wirft dem INFO vor, im Zeitraum von. April bis Oktober 77 Stellungnahmen der RAF, der Bewegung 2. Juni und der revolutionären Zellen gebracht zu haben. Stellungnahmen, die andere Zeitungen wie die Welt und der Spiegel unbeschadet übernommen haben. Doch da das INFO der Polizei schon immer ein Dorn im Auge war, wurde es flugs als "Sprachrohr terroristischer Vereinigungen" gebrandmarkt, obwohl ihnen bekannt sein müßte, daß im INFO auch Beiträge erschienen sind, die die Handlungen der RAF und anderer Gruppen verurteilen. Die Beiträge im INFO werden namentlich nicht unterzeichnet, und das brachte die Staatsanwaltschaft auf die Idee, gegen die Hersteller und Verbreiter des INFO vorzugehen. Hersteller ist laut Impressum das Agit-Druck-Kollektiv. Folgerichtig wurden die Gewerbeträger von Agit-Druck verhaftet. Der Vorwurf lautet: "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" (§ 129a).

Dieser in der Geschichte des Pressewesens in Westdeutschland und Westberlin wohl einmalige Fall, daß Drucker für den Inhalt des von ihnen gedruckten haftbar gemacht werden sollen, zeigt einmal mehr, mit welchen Unrechtsmethoden der "Rechtsstaat" gegen unliebsame Kritiker dieses Systems vorgeht.

Man gibt sich nicht mehr nur zufrieden mit der Anwendung des § 88a, der jedem mit Gefängnis droht, der sich einer "verfassungsfeindlichen Befürwortung von Straftaten" schuldig macht.Nicht nur Verfasser, sondern auch jeder, der sie "verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist..." muß nach § 88a mit einer Haftstrafe rechnen - also auch Verleger, Drucker, Händler, Verkäufer, Käufer oder ein lobender Rezensent.

urch die Anwendung des § 129a wird eine neue Qualität erreicht. Die Haftdauer kann auf 5 Jahre hinaufgeschraubt werden. Daß die Agit-Drucker hohe Strafen zu erwarten haben, zeigt sich schon daran, daß ein vierter Inhaftierter für die ungeheuerliche Summe von 1o ooo Mark Kaution Haft-



FREIHEIT FÜR DAS INFO BUG

verschonung erhielt, weil er seit längerem nicht mehr Gewerbeträger bei Agit war.
Die drei anderen müssen sich den Vorwurf gefallen lasсen, das INFO-bug nicht zensiert zu haben. Allein aus der Tatsache der Nichtzensur wird eine Identifikation der Drucker mit dem Inhalt gefolgert. Die Frage ist, woher die Richter wissen wollen, daß die Drucker das INFO beim Drucken überhaupt vollständig gelesen haben. Dieser Vorwurf steht auch im Widerspruch zu den Ereignissen anläßlich des Drukkerstreiks 76, wo Drucker gegen ihren Streik gerichtete Artikel verhinderten. Gegen sie ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen Nötigung.

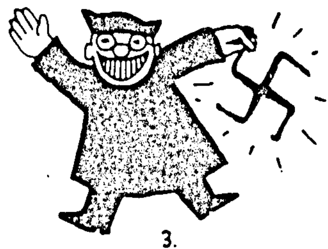


1.



2.

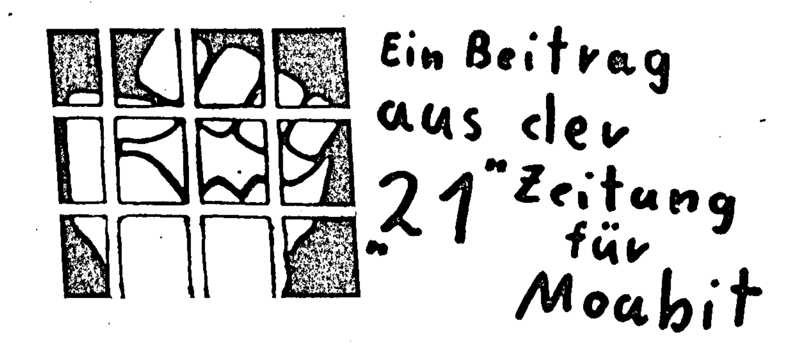
lisierung linker Drucker, Buchläden, und Gruppen kleiner.; Die Grenze zur Illegalität rückt einen gewaltigen Schritt näher. Damit darf man sich nicht so ohne weiteres abfinden.
Es ist notwenid um die wenigen noch verbleibenden Rechte, innerhalb der bürgerlichen Demokratie zu kämpfen, was nicht heißt, daß man sich mit ihnen zufrieden geben soll. Gerade für die Verteidigung der bürgerlichen Rechte sollte es möglich sein, ein breites Bündnis herzustellen, wo sich auch diejenigen wiederfinden können, die nur die Auswüchse dieses Systems bekämpfen wollen, aber an seinen Grundfesten nicht rütteln wollen. Dieser Kampf muß auch im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die faschistische Presse gesehen werden, die sich in der letzten Zeit immer wilder gebärdet und die von diesem Staat mit dem größten Wohlwollen behandelt wird.



3.

Die Verhaftung der Agit-Drucker stellt einen weiteren Höhepunkt in der Auseinanderstzung mit diesem Staat dar. Am Beispiel der Agit-Druker soll exerziert werden, was bald jeder linksorientierten Presse passieren wird und tei lweise auch schon passiert. Dem Unmut der Bevölkerung soll das Maul gestopft werden. Manche Druckkerein werden sich hüten, überhaupt noch etwas für fortschrittliche Organisationen zu drucken, da es ihnen technisch überhaupt nicht möglich ist, alles vorher zu lesen, was sie drucken. Die Reaktion in Westdeutschland und Westberlin marschiert auf der ganzen Linie. Die öffentliche Gewalt verschärft sich in dem Maß, wie die Klassengegensätze innerhalb des Staates sich verschärfen. Man ist jetzt schon dabei, Zeitungen zu verbieten, die in ihren Artikeln Gegensätze aufzeigen und zum Kampf gegen diesen verrottete n Staat aufrufen. Durch die MAßnahmen des Staates wird die Schwelle zur Krimina-

Die Verhaftung der Agit-Drucker war sicherlich nicht die letzte ihrer Art. Wir müssen uns darauf einstellen, daß die Repressionen in Art und Umfang in stärkerem Maße zu nehmen wird. Von daher wird es Notwendig sein, sich in einem noch größeren Maße zusammen zu schließen, als es bei der Veranstaltung, der Demonstration und der Gemeinsamen Zeitung schon passiert ist. Aber diese Aktionseinheiten sind ein kleiner erster Anfang wie er in seiner Breite lange nicht mehr gewesen ist. Man solltediesen Weg weiterverfolgen, ohne daß dabei die verschiedenen Gruppen auf ihre Grundsätzliche Positionen verzichten müssen.



Korrektur*Korrektur*Korrektur*Korrektur*Korrek

Beim Lay-out wurden Seite 5 und 6 vertauscht. Also erst Seite 6 und dann Seite 5 lesen!

Der Anfang der Erklärung der Rechtsanwälte von Agit-Druck steht auf Seite 16. Bei einem Teil der Auflage fehlen die Seiten 12a und 12b.

****

ERKLÄRUNG DER RECHTSANWÄLTE VON AGIT-DRUCK

gen dadurch unterstützt zu haben, daß sie als jeweils verantwortliche Gewerbeträger der Firma AGIT–DRUCK das Info-BUG hergestellt haben. So sei die erwähnte Zeitschrift laut Haftbefehl seit April 1977 zum "Sprachrohr der terroristischen Vereinigung der RAF (Rote Armee Fraktion), "Bewegung 2. Juni" und der "Revolutionären Zellen" geworden. Dies u.a. dadurch, daß Hungerstreikerklärungen der "RAF" sowie der "Bewegung 2. Juni" sowie Bekennerbriefe der "Revolutionären Zellen" abgedruckt wurden.

In der Zeitschrift Info-BUG sind in dem Zeitraum Februar bis Oktober ca. 400 Artikel erschienen. Davon enthalten ca. 12 Artikel Erklärungen oder Stellungnahmen der oben genannten Gruppen. Darüber hinaus dürfte allgemein bekannt sein, daß in der Zeitschrift Info-BUG Stellungnahmen abgedruckt sind, die prinzipiell Aktionen, wie die der "RAF" und ähnlicher Gruppen ablehnen.

Das AGIT–DRUCK–Kollektiv hat seit seinem 6-jährigen Bestehen neben der Zeitschrift Info-BUG für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Berlin, Postgewerkschaft, Humanistische Union, Mieter-, Stadtteil-, Bürgerinitiativen, Rote Hilfe, Kneipen, Hochschul- und Frauengruppen, sowie auch verschiedene Gemeinden der evangelischen Kirche Druckerzeugnisse aller Art hergestellt.

Daß Gewerbeträger einer Druckerei wegen des Inhalts einer Publikation nach § 129a StGB haftbar gemacht werden, ist in der Geschichte der Bundesrepublik bisher ohne Beispiel. Die neuen Vorschriften der §§ 88a und 130a StGB, deren uferlose Tatbestände die Meinungs-, Informations- und Kunstfreiheit in erheblichem Maße beeinträchtigen, reichen offenbar zur Kriminalisierung einer bestimmten Diskussion nicht mehr aus.

Durch den Versuch, die Vorschrift des § 129a StGB auf Drucker anzuwenden, wird nicht nur der Strafrahmen von 3 auf 5 Jahre erweitert, sondern zugleich die technische Herstellung einer Zeitschrift, die Äußerungen beispielsweise der "RAF" dokumentiert, zum bewußten Unterstützen dieser Gruppen gemacht.

Dabei soll es im Fall AGIT–DRUCK keine Rolle spielen,
- ob unsere Mandanten überhaupt Einfluß auf den Inhalt des Info-BUG nehmen konnten
- ob sie Kenntnis des Inhalts hatten
- ob andere Anhaltspunkte für eine "Identifikation" mit dem Inhalt als die bloße Erwerbsträgereigenschaft bestehen.

Aus der bloßen Nichtzensur einer Druckvolage wird von der Staatsanwaltschaft ohne weitere Anhaltspunkte nicht nur eine Identifikation gefolgert, sondern darüber hinaus ein Vorsatz der Beschuldigten, den Fortbestand terroristischer Vereinigungen zu unterstützen oder sogar laut Haftbefehl "für sie geworben zu haben."

Das hat zur praktischen Konsequenz,
- dem Drucker wird eine Pflicht zur Zensur der Druckvorlage auferlegt, will er nicht Gefahr laufen strafrechtlich verfolgt zu werden. Dies steht im übrigen in bemerkenswerten Gegensatz dazu, daß gegen Drucker, die während des Druckerstreiks 1976 in Frankfurt das Erscheinen eines gegen den Streik gerichteten Artikels verhinderten, wegen Nötigung ermittelt wurde: auf der einen Seite nun wohl Pflicht zur Zensur, auf der anderen Nötigungsvorwurf,
- das Presserecht wird auf den Kopf gestellt, indem nicht nur der verantwortliche Redakteur einer Zeitschrift, sondern auch der Drucker haftet – das Presserecht, das eine Verantwortlichkeit der Drucker für den Inhalt des Druckerzeugnisses nicht kennt, wird um eine strafrechtliche Verantwortung des Druckers nach § 129a StGB erweitert,
- jede Publikation wird unter mehrfachen Zensur- und Strafvorbehalt gestellt; wen die Strafverfolgung trifft, steht zur politischen Disposition der Strafverfolgungsbehörden,
- es wird zweierlei Presserecht geschaffen. Während Presseorgane wie FAZ, SPIEGEL oder DIE WELT Aufrufe der "RAF" und ihrer Kommandos nachdrucken, soll der Abdruck eben derselben Aufrufe in Zeitschriften einer bestimmten politischen Richtung für den Drucker mit bis zu 5 Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden.

Angesichts einer derartigen strafrechtlichen Verantwortung für Drucker besteht in Zukunft die Gefahr, daß linksorientierte Publikationen nicht mehr gedruckt werden können, da keine Druckerei ohne entsprechende Prüfung des Inhalts sich einer strafrechtlichen Haftung aussetzen will, andererseits keine Drukkerei die Möglichkeit hat, sämtliche Druckerzeugnisse vor dem Andruck zu lesen.

Genau in diesem Punkt wird das Freiheitsrecht des Art. 5 GG in seinem Kern getroffen. Die Strafverfolgungsbehörden nehmen sich das Recht, zu entscheiden, wer in welcher Weise durch den Druck einer Zeitung Voraussetzungen für die politische Auseinandersetzung schaffen darf. Werden Maßnahmen wie die gegen unsere Mandanten zur Regel, so behalten sich die Staatsschutzorgane die politische Entscheidung, wer in den Bereich strafrechtlicher Maßnahmen gerät, vor.

Gegenwärtig sind es die Drucker des AGIT–DRUCK–Kollektivs. Nach der Logik der Strafverfolgungsorgane kann aber jeder – und stehe er den Zielen jener Gruppen wie "RAF" noch so fern –, betroffen werden. Der Prozeß der politischen Auseinandersetzung wird damit unter ein unwägbares Risiko gestellt. Ihre Verunsicherung führt letzlich zu ihrer Verhinderung.

gez. Widmar, gez. Reese, gez. Seybold, gez. Tscherch

SOLIDARITÄT MIT INFO BUG UND ROTER HILFE

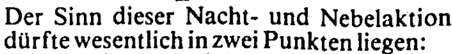
KÖLN
12. November

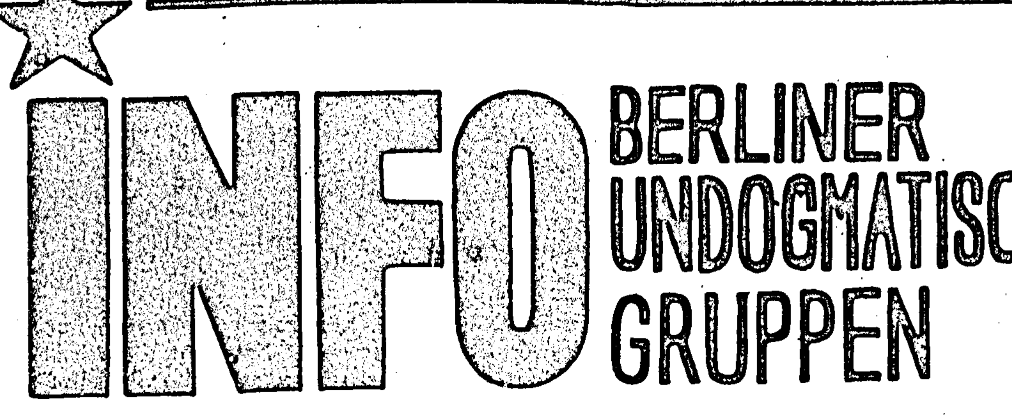
Zur Veröffentlichung übersendet die Freie Arbeiter Union (FAU) nachfolgenden Beschluß der Internationalen Arbeiter-Assoziation:

Das Sekretariat der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA) (Anarchosyndikalistische Internationale), versammelt am 31.10.77 in Paris, drückt seine Solidarität aus mit den verhafteten Genossen der Zeitung ‚Info-Bug' und der Roten Hilfe West-Berlin. Es verurteilt die brutalen Unterdrückungsmaßnahmen in der BRD und fordert die sofortige Freilassung der Gefangenen.

Mit freiheitlichen Grüßen, Freie Arbeiter Union, Mitglied der IAA, das Nationalkomitee.

BEITRAG DER RADIKAL-REDAKTION





Am 17.10. durchsuchte ein Großaufgebot von insgesamt 240 Polizisten und 'Staatsschützern' 38 'Objekte',u.a. die Druckerei AGIT , den Buchbetrieb 'Maulwurf' , linke Buchläden (Comune,Politisches Buch) , das Büro des INFO und der Roten Hilfe, sowie zahlreiche Privatwohnungen. Dabei wurden 11 genossen festgenommen (einer direkt von seinem Arbeitsplatz weg) und zum Verhör in die Friesenstrasse gebracht.Sie wurden mit z.T.brutaler Gewaltanwendung erkennungsdienstlich behandelt. Gegen den Geschäftsführer von AGIT-Druck wurde wegen 'Fluchtgefahr' Haftbefehlerlassen.Am tag darauf wurde der zweite Geschäftsführer von AGIT als er von der Frankfurter Buchmesse zurückkam, ebenfalls festgenommen. Seine Mitfahrer wurden erkennungsdienlich behandelt. BEIDE SIND NOCH IMMER IM KNAST!

(eine Begründung dazu brauchte die Staatsanwaltschaft sich gar nicht einfallen zu lassen.Bei Verdacht nach § 129a ist die Haft auch dann zulässig, wenn weder Verdunkelungs- noch Fluchtgefahr gegeben sind!)
Die Durchsuchungsbefehle (z.T.schon 12 Tage vor der Durchsuchung ausgestellt lauteten sämtlich auf 'Herstellung und Verbreitung der periodischen Druckschrift 'INFO-BUG' , dem 'die Unterstützung terroristischer Vereinigungen nach § 129a vorgeworfen wird.Spätestens nach dem Buback-Attentat, so die Polizei, sei das INFO-BUG als Sprachrohr von Terroristen zu bezeichnen, die meisten (!!!) Nummern seit Februar seien beschlagnahmt worden wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Organe, Aufrufen zur Billigung von Gewalt und manchem mehr.

In der Tat hatten Staatsanwalt Hahnfelds Spezialisten nach Vorstößen der Springer-Hetzblätter 'W'ELT'und 'Morgenpost' dem INFO auch schon seit einiger Zeit verstärkt Ärger gemacht:Zeitungen wurden beschlagnahmt (oft allerdings erst eine Woche und länger nach Erscheinungstermin), Ermittlungsverfahren gegen Einzelgenossen eingeleitet, Kioskbesitzer unter Druck gesetzt, die Zeitung nicht mehr zu verkaufen, sonst Lizenzentzug und Geldstrafen; bei Ausländern ging es gleich noch um die Aufenthaltsgenehmigung. Exemplare für Gefangene wurden zurückgeschickt oder zur Habe genommen, weil sie angeblich die Sicherheit des Vollzugs gefährden (jede linke Zeitung hat mittlerweile dazu eine ganze Palette von Begründungen im Archiv), der INFO-Laden war des öfteren durchsucht worden, das 'Wespennest (jetzt Mehringdamm 99) wurde gar wochenlang mit Teleobjektiven und Ferngläsern vom gegenüberliegenden Haus aus observiert...

Aber all diese Schikanen wurden vom INFO mehr als Geplänkel betrachtet. Jetzt fühlte sich der Staatsanwalt sicher genug für einen großen SChlag. Bisher (und wohl auch in Zukunft) bestand für die Herren Staatsschützer ein vertracktes Problem: Das INFO hat prinzipiell keine feste Redaktion: Jeder macht das INFO, der etwas zu sagen hat.
Die presserechtlich Verantwortliche ist die berühmte Rosa Levine',soll eine alte Dame aus England sein.

Jetzt, mit zeitgemäß schwerem Kaliber ausgerüstet, wird zur Jagd auf die vermeintlichen » Para—Terroristen« geblasen,die im INFO über RAF,2.Juni und Revolutionäre Zellen debattieren und linke Solidaritätsaktionen wie das Russell—Tribunal (so vorwurfsvoll die »Welt«) mitorganisierten.
Da das INFO auch Stellungnahmen dieser Gruppen *dokumentiert* hat, wird ihm unverschämterweise unterstellt, es sei ein »Sprachrohr« dieser Vereinigungen. Ein Verdikt also, das tendenziell jede linke Zeitung und sogar bürgerliche Blätter (selbst Springer hat schon RAF—Erklärungen abgedruckt, so'n Sprachrohr!)treffen können. Diese Angriffe auf ein relativ kleines linkes Blatt müssen insofern als Schritt zur Kriminalisierung der *gesamten* Linken begriffen werden, alsein.Schlag gegen die allgemeine Presse— und Organisationsfreiheit.
Man muß sich das ganze Ausmaß des Irrsinns erst nochmal klar machen: Weil sie das INFO druckten, werden zwei Genossen als potentielle Terroristen eingelocht und können auf unbestimmte Zeit, ja sogar mit Kontaktsperre, im Knast behalten werden!!!

Der Sinn dieser Nacht- und Nebelaktion dürfte wesentlich in zwei Punkten liegen:
1. Staatliche Verfolgungsorgane stehen unter dem Zwang, ihre Existenz durch »Erfolge« in der Bekämpfung von vermeintlichen Terroristen vor der Öffentlichkeit zu legitimieren. Dazu muß, falls nichts besseres zur Hand, ein beliebig ausdehnbarer »Sympathisantensumpf« herhalten. Wer fragt schon noch, was dahintersteckt? Hauptsache, es wird mal wieder wer gefaßt, ein reibungsloser Ablauf der Aktion und ein »voller Erfolg« können gemeldet werden.
So wurden die Polizeiüberfälle denn auch überwiegend von der westberliner Presse vermarktet (lediglich der »Abend« erlaubte sich einen relativ kritischen Bericht).
2. Innerhalb einer langfristigen »Austrocknungsstrategie« gegen den »Sympathisantensumpf«, d.h. der Diffamierung und anschließenden Kriminalisierung der Linken insgesamt, ist dieser Schlag von länger Hand vorbereitet gewesen: Beschlagnahmnungen, jetzt als Beleg für die Unterstützertheorie angeführt, waren z.T. erst Wochen nach Erscheinen und Vertrieb des jeweiligen INFOs erfolgt. Effektiv beschlagnahmt wurden so natürlich nur jeweils wenige Exemplare, weshalb sich auch keiner mit großer Energie dagegen wehrte... der Kriminalisierungsstrategie nutzte es jedoch: Stück für Stück.
In einer Situation in der die erzeugte Progromstimmung, die daraus resultierende Einschüchterung, die linken Distanzierungen von » der Gewalt « einen Höhepunkt erreicht haben, versprechen sich die Verfolgungsbehörden einen optimalen Isolierungseffekt: Wer mit dem INFO etwas zu tun hat, ist ab sofort amtlich als Sympathisant gestempelt, ein bißchen mehr Engagement macht schon den regelrechten Terror-Unterstützer.
Natürlich glaubt nicht einmal der berliner Oberschnüffler Staatsanwalt Hahnfeld, daß die 3000 INFO—Leser allesamt zur »Terror—Szene« gehören, aber er hofft, daß alle, die sich dieser infamen Verdächtigung nicht aussetzen wollen ab sofort die Finger vom INFO lassen: Die Schreiber, die Drucker, die Verkäufer und schließlich die Leser. Niemand soll sagen können, er wisse nichts vom »kriminellen Charakter« dieses Druckwerks.
Die Hartnäckigen aber sollen nun vollkommen in die Illegalität gedrängt werden: So produziert man Desperados, so provoziert man individuelle Verzweiflungstaten; die Entführer von morgen, isoliert von der gesellschaftlichen Realität, schließlich ausgeschlossen auch von der Solidarität der Linken, frei zum Abschuß.
Der Angriff auf das INFO ist insofern keine beliebige »Aktion Wasserschlag« von ein paar durchgedrehten Bullen, die sich produzieren mußten.
Wir können ihn auch nicht durch die »klammheimliche « Vorfreude darauf verdecken, daß das nächste INFO natürlich doch erscheinen wird.Schon gar nicht sollten wir mit der mittlerweile freilich reichlich ramponierten Romantik der Illegalität kokketieren oder der altklug-defätistischen Haltung » das war uns eh schon klar«.
Nötig ist eine breite Solidaritätskampagne der gesamten westberliner Linken gegen diesen Angriff auf die Presse- und Organisationsfreiheit und für die sofortige Freilassung der verhafteten AGIT—Genossen!







sonntag 23.oktober

.... ein tag, wie bald jeder andere ?

Sonntag, 23. Oktober gegen 20 Uhr am Chamissoplatz: Blaulicht, laute Schreie. Ein Trupp von Polizisten treibt junge Leute mit dem Schlagstock durch die Straßen.
WAS WAR PASSIERT ?
Am nächsten Tag stand in den Zeitungen:



Politkrawall letzte Nacht in Kreuzberg

Berlin (HES). Die Polizeikaserne in der Kreuzberger Friesenstraße war in der vergangenen Nacht Schauplatz schwerer Krawalle. Die Beamten mußten zum Schlagstock greifen. Etwa 100 vorwiegend jugendliche Demonstranten versuchten das Gebäude zu stürmen, um 40 Personen zu befreien, die von der Abteilung Staatsschutz des Polizeipräsidiums im Zuge einer erneuten Großaktion gegen das Linksblatt „Info-Berliner undogmatischer Gruppen" festgenommen worden waren.

In Wirklichkeit war das so:
Am Sonntagabend drangen über 100 Polizisten in einen Laden am Mehringdamm 99 ein, wo sich etwa 150 Leute getroffen hatten, um dort die wöchentlich erscheinende Zeitung "INFO-Berliner undogmatischer Gruppen" zu machen. Die Polizisten griffen sich wahllos 40 Leute heraus und nahmen sie zur erkennungsdienstlichen Behandlung in die Polizeikaserne in der Friesenstr. mit.
Die restlichen Leute zogen daraufhin zur Friesenstr., um gegen diese Festnahmen zu prostestieren.
Die Polizei und die Presse machten aus diesem Protest einen "Sturm auf die Polizeikaserne". (Jeder, der die 'Festung' in der Friesenstraße kennt, weiß daß es nur ein schlechter Witz sein kann, daß dieses Gebäude von 100 Leuten gestürmt werden könnte.)
Ohne vorherige Warnung prügelten die Polizisten dann auf die Demonstranten ein und trieben sie in einer Hetzjagd durch die Straßen. Die Darstellung der Polizei, man hätte die Demonstranten vorher dreimal zum Verlassen der Friesentr. aufgefordert, ist einfach falsch.

WORUM GING ES BEI DEM POLIZEIEINSATZ EIGENTLICH ?
Der Polizeieinsatz am 23. Oktober war die zweite Großaktion gegen das "INFO". Schon in der Woche vorher hatte es wegen des INFOs mehrere Festnahmen und Hausdurchsuchungen gegeben.

WAS IST DAS 'INFO' ?
Das INFO versteht sich seit vier Jahren als Informations- und Diskussionsforum der undogmatischen Linken. Ähnlich wie das Chamissoblatt hat das INFO keine feste Redaktion. Die einzelnen Nummern setzen sich aus Beiträgen zusammen, die ganz unterschiedliche Leute dem INFO jede Woche zuschicken. Das sind zum Beispiel Informationen und Erfahrungen von Bürgerinitiativen, Stadtteil-, Jugend-, Frauen-, Betriebs-, und Knastgruppen, Schüler-und Arbeitskollektiven oder Einzelpersonen.
Unter anderem druckt das INFO auch Erklärungen von Gruppen ab, die sich das Ziel gesetzt haben, unsere Gesellschaft mit Gewalt zu verändern (z.B. RAF, 2. Juni). Anders als viele andere Zeitungen druckt das INFO diese Erklärungen ab, ohne sich gleich davon zu distanzieren, sondern es stellt diese Beiträge dann erst einmal zur Diskussion. Diese Diskussion wird dann auch im INFO abgedruckt wobei es sowohl positive als auch negative Stellungnahmen dazu gibt.
Wegen dieser offenen Diskussion wird das INFO als "Sprachrohr der Terroristen" abgestempelt. Zum Vergleich dazu: Unter den letzten 400 INFO-Artikeln waren nur 9 Erklärungen von Gruppen wie RAF oder 2. Juni
Bis heute ist das INFO nicht verboten, sondern konnte bisher an Kiosken, in Kneipen und Buchläden verkauft werden.
Die Schleyer-Entführung wurde jetzt zum Anlaß genommen, mit dem INFO aufzuräumen. In einer großen Hausdurchsuchungsaktion versuchte die Polizei die INFO-Macher ausfindig zu machen. Als das nicht gelang, hielt man sich an die Drucker.

Die Polizei durchsuchte die Druckerei Agit und verhaftete 4 Mitglieder und ehemalige Mitarbeiter des Agit-Druckkollektivs. Die vier sitzen in Untersuchungshaft. Ihnen wird vorgeworfen, durch den Druck des INFOS eine "terroristische Vereinigung" unterstützt zu haben.
Begründung für diesen Vorwurf: der Abdruck von Erklärungen militanter Gruppen im INFO. Geschäftsführer und Drucker von Agit hätten sich allein durch den Abdruck anscheinend

mit diesen militanten Gruppen identifiziert und sie mittels ihrer Druckmöglichkeiten unterstützt. Die Erklärungen von der RAF oder vom 2. Juni wurden aber auch in anderen Zeitungen abgedruckt, zum Beispiel in der "Welt". Keiner würde aber auf die Idee kommen, deswegen Axel Springer oder seinen Drucker als Unterstützer einer kriminellen Vereinigung festzunehmen.

Daß ausgerechnet die Drucker von Agit verhaftet wurden, muß also noch einen anderen Grund haben.

WARUM GERADE AGIT ?

Agit ist eine besondere Druckerei. Agit ist ein Druckkollektiv , das durch niedrige Preise, kurzfristige Erledigung von Aufträgen, zeitweiligen Feierabend- und Wochenendeinsätzen auch Gruppen unterstützt, die sonst nur unter größten finanziellen Opfern ihre Sachen gedruckt bekommen. Agit druckt unter anderem für: die GEW, die Postgewerkschaft, die Humanistische Union, Mieterinitiativen, Stadtteilgruppen und Jugendzentren, für die Rote Hilfe, verschiedene Gemeinden der evangelischen Kirche , Kneipen Hochschulgruppen, Frauenzentrum, Initiativen gegen Atomenergie oder Ausländergruppen. - Alles terroristische Vereinigungen ?

Auch das Chamissoblatt wird seit seinem Bestehen bei Agit gedruckt. Und wir wollen es auch weiter dort drucken lassen! Ohne eine solche Druckerei könnten wir die Zeitung wahrscheinlich nicht weiter erscheinen lassen.

Die bei Agit arbeitenden sind weder die Verfasser der Druckschriften noch verstehen sie sich als Lektoren oder Zensoren, die die Inhalte lesen und beurteilen und mit juristischem Sachverstand entscheiden, ob sie vielleicht verboten sein könnten (was man heutzutage sowieso nicht weiß).

BALD KEINE OFFENTLICHKEIT MEHR ?

Mit den Verhaftungen bei Agit soll nicht nur dem INFO die Möglichkeit genommen werden, an die Öffentlichkeit zu treten sondern auch allen kritischen Gruppen, die bisher auf die Unterstützung von Agit angewiesen waren.

DIE ZEIT DES GROSSEN SCHWEIGENS ?

Die Vorgänge um INFO und Agit machen aber nicht nur eine Zeitung und eine Druckerei kaputt. Die Verhaftungen und Polizeieinsätze zielen darauf ab, Angst zu machen. Angst auch bei uns. Bei so einer Entwicklung sehen wir auch für uns, beim Chamissoblatt die Gefahr, daß wir uns selbst zensieren.

Unwillkürlich fangen wir an zu überlegen:

Dürfen wir überhaupt noch über Mißstände berichten?

Dürfen wir noch schreiben, daß wir den KOB für einen Schnüffler vom Dienst halten?

Dürfen wir noch sagen, daß Hausverwalter Müschel ein "Halsabschneider" ist? oder ist das jetzt auch schon alles verboten?

Darf man das bald nur noch denken, aber nicht mehr laut denken und veröffentlichen'

Wir halten es für sehr wichtig, daß solche Zeitungen wie das Chamissoblatt und das INFO, in denen viele Leute unzensiert zu Wort kommen können, auch weiterhin ohne innere und äußere Zensurmaßnahmen und Verbote existieren können. Wir werden uns dafür einsetzen, daß es auch weiterhin solche kritischen Zeitungen gibt, die von Betroffenen selbst und nicht von irgendwelchen bezahlten Zeitungsjournalisten gemacht werden. Und wir werden uns auch dafür einsetzen, daß Agit weiter wie bisher arbeiten kann und die verhafteten Drucker frei gelassen werden.

Redaktionsgruppe
CHAMISSOBLATT
CHAMISSOLADEN



(Das Chamissoblatt ist eine Stadtteilzeitung.Sie finanziert sich seber (wennalle 7oo Exemplare verkauft werden) und wird ausschließlich im Stadtteil in Kiosken,Kneipen und im Straßenverkauf vertrieben.Zu jeder neuen Ausgabe bildet sich eine Redaktionsgruppe,bei der alle Interessierten mitmachen können.)

VERTEIDIGEN WIR DAS INFO!

ERKLÄRUNG DES SPARTACUSBUNDES

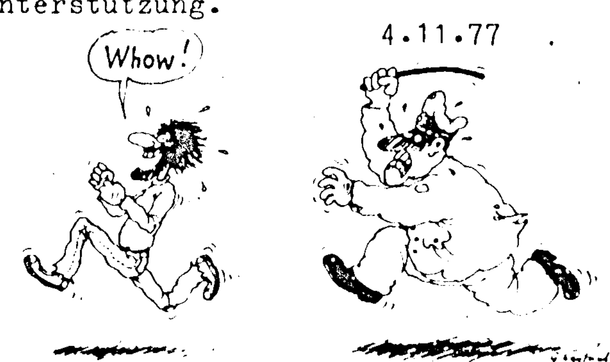
Die Unterdrückung des "Buback-Nachrufs", die Polizeiaktionen gegen den Göttinger Asta, und die Illegalisierung des INFO sind die letzten (spektakulären) Maßnahmen einer langen Kette. Maßnahmen, die potentiell jede linke Organisation betreffen. Die Herausgeber und Verfasser sind zwar in beiden Fällen der "Sponti-Szene" zuzurechnen, was aber keinesfalls heißt, andere linke Organisationen seien von dieser Repression nicht (unmittelbar oder mittelbar) betroffen: So wie sich die Verbotsandrohung gegen KBW, KPD, KPD/ML und KB auch gegen die Organisationsfreiheit der gesamten Linken richtet, sind die Aktionen gegen das INFO und den Göttinger ASta gleichzeitig eine Bedrohung eines der elementarsten bürgerlichen Rechte: des Rechts auf Pressefreiheit.

Wir versuchen hier in aller Kürze, unsere Vorschläge zum Kampf gegen die Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit darzulegen (s. ausführlicher: SPARTACUS 39).

-Aktuell muß die Anstrengung unternommen werden, eine Reihe von "Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" zu gewinnen, die (geschützt durch ihre Popularität) kollektiv die presserechtliche Verantwortung für alle Zeitschriften der Linken übernehmen,
oder, falls sich dies als undurchführbar erweisen sollte
-durch die kollektive Unterzeichnung aller Organe/Zeitungen durch die bisherigen presserechtlichen Verantwortlichen der Organisationen, Gruppen oder Parteien. (Gemeinsames Impressum)
-Im Falle des INFO (und aller ähnlicher Fälle), das von einem Verbot bedroht ist, schlagen wir den kollektiven Vertrieb und Verkauf durch alle Organisationen der Linken vor.

Wenn wir diese Schritte tun, wird es dem bürgerlichen Staat sehr viel schwerer fallen, die Methoden der der selektiven Repression anzuwenden; Zielscheibe seiner Aktionen ist dann nicht mehr eine Zeitung/Organisation/Gruppe/Partei, sondern alle.
Wenn wir auch sehen, daß es letztlich die Arbeiterklasse ist, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Macht in der Lage, die Organisations- und Pressefreiheit zu verteidigen, so liegt heute unsere einzige Chance (unter Berücksichtigung einer weitgehend passiven Arbeiterklasse und der Isolierung der Linken von ihr) darin, unsere gemeinsamen Kräfte aufzubieten. Eine zerhackte Linke wird dem Staatsapparat tausendfach die Arbeit erleichtern. Um Mißverständnisse zu vermeiden: dies soll kein Appell an die Linke sein, sich doch endlich zu vereinigen. Wir halten auch und gerade im Rahmen eines gemeinsamen Aktionsbündnisses die politische Auseinandersetzung für seh sehr wichtig; sie darf aber nicht zur Entsolidarisierung oder gar zu gegenseitigen (physischen) Angriffen führen.
Wir hoffen auf Euren politischen Selbsterhaltungstrieb und auf Eure Bereitschaft zur solidarischen Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung.

4.11.77



RESOLUTION DER BÜRGERINITIATIVEN

Die unterzeichnenden Initiativen wenden sich aus gegebenen Anlaß an die Öffentlichkeit, weil sie befürchten, daß im Zuge der Terrorismusbekämpfung versucht wird, kritische Gruppen und einzelne Personen die Grundlage für ihre Informations und Aufklärungsarbeit zu entziehen. Am 17. und 18. 10 77 wurden drei Drucker des Agit-Drucks verhaftet. Ihnen wurde zur Last gelggt, das Info der Berliner undogmatischen Gruppen, das unteranderem Stellungnahmen aus der Terrorismusscene enthielt, wie sie auch in allen bekannten Medieon wie Funk, Fernsehen, Tageszeitung zur Informationxveröffentlicht wurden, gedruckt zu haben.

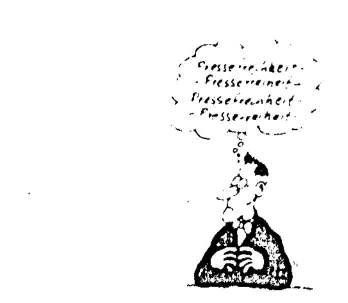
Hierdurch wurden Drucker mit Inhalten i identifiziert, die sie als D r u c k e r nicht zu verantworten haben und daraus wurde der Vorwurf der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung konstruiert. Der druckerei drohte die Schließung.Die Unterzeichner entfinden die Aktion der Sicherheitsbehörden gegen die Agitdruckerei als ein politischen Angriff auf ihr Grundrecht der freien Meinungsäußerung. Mit der Schließung würde der kritischen Meinung ein Teil ihrer ohnehin sehr schmalen Basis entzogen, sich in der Öffentlichkeit gehör zu verschaffen, insbesondere, da die Agit-Druckerei u.a. Flugblätter verschiedener Bürgerinitiativen zum Selbstkostenpreis druckt. Gerade in einer so angespannten Atmosphäre wie sie zur Zeit herrscht, ist wachsamkeit aller demokratischen Kräfte geboten und zwar im Sinnexder Worte Martin Niemöllers: Zuerst kamen sie, um die Kommunisten mitzunehmen. Ich sagte nichts denn ich war kein Kommunist.
Dann kamen sie um die Sozialisten mitzunehmen. Ich sagte nichts, denn ich war kein Sozialist.
Danach kamen sie, um die Katholiken mitzunehemn. Ich sagte nichts, denn ich war Protestant. Schließlich kamen sie, um mich mitzunehmen. Und niemand war übrig zu sprechen.

Wir fordern daher die Einstellung aller Verfahren gegen die Drucker und fordern die Zusicherung, daß künftig keine weiteren Aktionen ähnlicher Art unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung gegen unliebsame Druckereien folgen.

Bürgerinitiative Kraftwerk Oberhavel/Ruhlebener Wiesen (e.V.) Bali-Kino,Tali-Kino, Gewaltfrei Aktion Berlin, Redaktion der TEnor-Zeitung der berliner Gerichtsreferendare, Personalrat der Referendare im Bezirk des Kammergerichts, Bürgerinitiative Energieplanung und Umweltschutz.

ERKLÄRUNG DER VOLLVERSAMMLUNG DER SCHULE FÜR ERWACHSENENBILDUNG

Die Vollversammlung der Schule für Erwachsenen Bildung vom 25.10.77 hat folgende Resulution mit nur einer Gegenstimme und sechs Enthaltungen bei über 300 Da - Stimmen verabschiedet:
Die Schüler und Lehrer der SfE verurteilen schärfstens die Verhaftung der Agit-Drucker und die Versuche, das INFO-BuG durch Polizeiterror einzustellen. Als eine der wenigen noch nicht gleichgeschalteten Zeitschriften,Westberlins versucht das INFO-BuG eine Öffentlichkeit zu verschaffen für die Gruppen, Organisationen und Induviduen, die sons t ihr Recht der freien Meinungsäußerung nicht ausüben könnten.
Die brutale Vorgehensweise der Polizei zeigt eine Entwicklung , die auf Kriminalisierung und Einschüchterung abzielt. Trotzdem werden wir unsere UNterstützung und Solidarität INFO-BuG und Agit-Drukker auszudrücken verstehen.



ERKLÄRUNG DER ANWÄLTE VON AGIT–DRUCK

WESTBERLIN 7. November *Gemeinsame Presseerklärung der Anwälte Elisabeth Reese, Gerhard Widmar, Michael Ischerch und Lutz Seybold vom 4. November 1977:*

Im Zuge der Ermittlungen gegen das "Info Bug", einem wöchentlich erscheinenden Informationsblatt der "Berli ner Undogmatischen Gruppen", wurden am Montag, dem 17.10.77 in Westberlin die Firma AGIT–DRUCK, in der das Info-BUG gedruckt wird, durchsucht, Druckmaschinen beschlagnahmt und nur auf jederzeit möglichen Widerruf wieder freigegeben (siehe ID 201, 202).

Zwei Mitglieder der Druckerei wurden noch am selben Tage festgenommen. Ein seit Mitte dieses Jahres ausgeschiedenes Mitglied wurde am darauffolgenden Tage am Arbeitsplatz, ein viertes ehemaliges Mitglied am 26.20.1977 verhaftet. Gegen alle vier Beschuldigten erging Haftbefehl, sämtliche Wohnungen der Betroffenen wurden durchsucht.

Bei allen vier Betroffenen besteht Haftbefehl fort, einem der Betroffenen wurde gegen Zahlung einer Kaution in Höhe von 10.000,– DM Haftverschonung gewährt.

Den jetzigen bzw. ehemaligen Mitgliedern des AGIT–DRUCK Kollektivs wird von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, in der Zeit von April bis Oktober 1977 terroristische Vereinigun-



DAS INFO IN DEN MEDIEN ODER: WIE MACHT MAN EINEN UNTERSTÜTZER



Die methode, wie das INFO in den medien behandelt wird, ist schon in den verfassungsschutzberichten 1975 und '76 vorgezeichnet.

Im 75er bericht taucht das INFO unter der ueberschrift "Sonstige aeusserungen" auf. Es heisst von ihm: "Auch andere spontaneistische und anarchistische Blaetter (INFO Berliner undogmatischer Gruppen ...) enthielten Stellungnahmen und Beitraege zur Gewaltstrategie des politisch motivierten Terrorismus" Im 76er bericht bekommt das ganze eine dezente umdrehung mehr: Die ueberschrift heisst nun "Sonstige Bekenntnisse", die 'Stellungnahmen' fallen raus, und uebrig bleibt: "... enthielten wieder Beitraege zur Gewaltstrategie terroristischer Gruppen". Fertig ist das terrororgan.

In der presse, speziell der springer-presse tauchte das INFO meis nur auf, um einen artikel ueber aktivitaeten der szene noch etwas aufzupeppen und ihre gefaehrlichkeit zu betonen. So wird zB in einem artikel der WELT vom 14.april 77 eingeschoben, dass das "Informationsblatt der Anarchisten" wieder mal eine Hungerstreikerklaerung veroeffentlicht habe. Am 19.april berichtete die WELT ueber eine durchsuchungsaktion wegen der erklaerung des kommandos ulrike meinhof (die uebrigens auch in der FR abgedruckt war). In diesem artikel bekommt das INFO den tollen titel "Informationsblatt anarchistischer und kommunistischer Gruppierungen in Berlin und im uebrigen Bundesgebiet". Des weiteren bemerkt der schreiber: "Waehrend der Durchsuchung in der Redaktion lieferten die Herausgeber ungehindert die neue Ausgabe 125 aus." Hier faellt ein stehendes merkmal der WELT-berichterstattung ueber 's INFO auf: sie halten uns fuer unheimlich raffiniert (kann man auch in dem artikel "Nachtschicht im Nachrichtenbuero der linksradikalen Gruppen" nachlesen).

Dadurch dass das INFO nur beachtung findet, wenn mal wieder eine kommandoerklaerung drin steht, und dann auch nur diese tatsache, faellt es leicht, das oeffentliche bild einer untergrundzeitung zu konstruieren.

DIE DARSTELLUNG DER EREIGNISSE DER LETZTEN WOCHEN

In den letzten wochen benoetigte der staatsschutz erfolge zur beruhigung der bevoelkerung und war deshalb interessiert, das wogegen er vorging, als wichtige terrorzentralen auszugeben. Die medien uebernahmen vorbehaltlos die staatsschutz-darstellungen und versuchten ebenfalls, teils aus sensationsmache, teils aus rechtem politischen kalkuel, uns gefaehrlichkeit zu unterschieben.



BÜRGERLICHER PRESSESPIEGEL:

KOMIKLAND

Polizei durchsuchte in Berlin 31 Wohnungen

Aktion gegen linksextremistisches Informationsblatt – Eine Verhaftung, elf Festnahmen

K. G. Berlin, 18. Okt.

Eine Verhaftung, elf Personen vorübergehend festgenommen, eine Druckmaschine beschlagnahmt, säckeweise Material sichergestellt — das ist das Ergebnis einer gestrigen Großaktion der Berliner Ermittlungsbehörden. Die Aktion, an der sechs Staatsanwälte und 240 Polizisten beteiligt waren, richtete sich gegen Hersteller und Verteiler des Druckwerkes „Info-bug" (Informationsblatt Berliner undogmatischer Gruppen).

Das Blatt ist nach Ansicht der Ermittlungsbehörden in letzter Zeit zu einem Sprachrohr terroristischer Vereinigungen geworden. Das Kammergericht hatte es in einem Beschluß eine Hetzschrift genannt.

Die gestrige Großaktion begann schlagartig um 10 Uhr in verschiedenen Stadtteilen und war erst am späten Nachmittag abgeschlossen. Mit Beschlüssen des Ermittlungsrichters des Kammergerichts wurden eine Druckerei, ein Redaktionsraum in Kreuzberg sowie fünf Buchläden und 31 Wohnungen durchsucht, insgesamt also 38 Objekte! Zu einem besonders günstigen Augenblick tauchten die Beamten in einer Druckerei in Steglitz auf: Dort war einer der Verantwortlichen gerade beim Druck eines neuen Exemplars des sogenannten Informationsblattes. Der Mann wurde festgenommen und dem Ermittlungsrichter vorgeführt, der einen Haftbefehl erließ. Die Druckmaschine wurde beschlagnahmt.

Nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft beim Kammergericht kommt das besagte Druckwerk bereits seit längerer Zeit heraus. Seit Februar dieses Jahres sei nahezu jede Ausgabe beschlagnahmt worden. In den Beschlüssen des Amtsgerichts Tiergarten sei von der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten ebenso die Rede wie vom Vorwurf der Verunglimpfung des Staates. Nach der Ermordung von Generalbundesanwalt Buback könne man das Druckwerk als Sprachrohr terroristischer Vereinigungen bezeichnen. „Wehrt euch und baut den Hinterhalt auf", stand es beispielsweise im Info-bug.

Die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht ermittelt seit einiger Zeit wegen des Verdachts der Unterstützung terroristischer Vereinigungen nach Paragraph 129 a des Strafgesetzbuches. Mit der gestrigen Aktion erhoffte sie, Redakteure, Drucker und Verteiler [illegible] ausfindig machen zu können. Wie es heißt, war die Aktion ein voller Erfolg; Zwischenfälle habe es nicht gegeben.

BERLINER MORGENPOST 18.10.77

Büros, Buchläden und Wohnungen von 240 Polizeibeamten durchsucht – ein Haftbefehl – Beweismaterial beschlagnahmt

Razzia bei der Untergrund-Zeitung „Info"

In einer wochenlang vorbereiteten Aktion durchsuchten gestern vormittag 240 Schutzpolizisten und Beamte der Staatsschutzabteilung des Polizeipräsidiums auf Beschluß eines Ermittlungsrichters beim Kammergericht 38 Büros, Buchläden und Wohnungen. Von elf vorläufig unter dem Verdacht der Unterstützung terroristischer Vereinigungen festgenommenen Personen, erhielt der 26jährige Gerhard F. einen Haftbefehl. In Firmenräumen und Wohnungen beschlagnahmten die Beamten zahlreiche Materialien, über deren Art die Polizei bisher keine Angaben machte. Die Auswertung sei noch nicht abgeschlossen, gab ein Sprecher bekannt.

Zu den durchsuchten „Objekten" gehörten die Redaktion des wöchentlich herausgegebenen Nachrichtenblattes der Anarchoszene „Info — Berliner undogmatischer Gruppen" sowie die Druckerei Agit in der Steglitzer Ahornstraße. Gerhard F. war bei der Herstellung des Blattes in der Druckerei angetroffen worden.

Die Redaktion des Nachrichtenblattes war erst kürzlich aus ihrem Quartier in der Dresdner Straße 22 („Wespennest") an den Mehringdamm 99 umgezogen. Unter dieser Anschrift firmiert auch die „Rote Hilfe", die als Unterstützerorganisation terroristischer Gewalttäter angesehen wird. Seit den ersten Überfällen der Baader-Meinhof-Bande („Rote Armee Fraktion") versuchten Sympathisanten, Solidarität mit den Terroristen zu initiieren: Für verhaftete Bandenmitglieder sollten finanzielle Mittel beschafft und Solidaritätsaktionen wie Komitee-Meetings und das Russel-Tribunal organisiert werden.

Die Bezeichnung „Rote Hilfe" tauchte zum erstenmal im Frühjahr 1970 in Berlin auf. Die Zentrale ließ sich im „Sozialistischen Zentrum" in der Stephanstraße in Moabit nieder. Ehefrauen von Terroristen-Anwälten halfen mit, die „Rote Hilfe" auszubauen. Auch Kriminelle in den Haftanstalten sollten für den bewaffneten, revolutionären Kampf gewonnen werden.

Aufrufe zur Fortsetzung und Eskalierung gewalttätiger Aktionen gegen Staat und die Gesellschaftsordnung veröffentlichte „Info". In einer Auflage von mehreren tausend Exemplaren vertrieben Helfer das Sprachrohr diverser Gruppierungen einschließlich der „Roten Armee Fraktion" und der terroristischen „Bewegung 2. Juni" jeweils zu Beginn einer Woche in Kneipen, die als Treffpunkte linksextremistischer Kreise galten, sowie in Buchläden der Anarcho-Szene.

Als Generalbundesanwalt Siegfried Buback ermordet wurde, feierten „Info"-Unterstützer das Verbrechen mit alkoholischen Exzessen; seinen Nachfolger „begrüßte" das Blatt auf der Titelseite: „Macht aus Rebmann Rebhuhn". In der vergangenen Woche instruierte „Info" Sympathisanten und Helfer für den Fall von Hausdurchsuchungen: „Halt' Deine Wohnung schon vorher sauber. Das gilt für Diskussionspapiere, Protokolle und Korrespondenzen.... Außerdem natürlich für Shit, Waffen und andere Gegenstände." ka

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
wird in mehr als 120 Ländern aller Erdteile gelesen, bla bla bla

18.10. ↑

Nachtschicht im Nachrichtenbüro der linksradikalen Gruppen

← 25.10.

Die Zahlmeister des linken Extremismus in der Stadt schalteten schnell. 24 Stunden nach der erneuten Durchsuchung der Räume des Wochenblattes „Info — Berliner undogmatischer Gruppen" am Mehringdamm 99 war ein Ausweichquartier beschafft. Unter der Firmierung einer homosexuellen Aktionsgemeinschaft in Schöneberg begannen in einem Altberliner Mietshaus die am Vortag gestörten Arbeiten für ein neues „Info". Wohngemeinschaften und Gruppen wurden verständigt, das Blatt in den neuen Räumen für den Vertrieb vorzubereiten und abzutransportieren.

In der Anarchoszene wartet man auf Instruktionen über Taktik und Strategie der kommenden Wochen. In der vergangenen Woche, nach einer Razzia der Polizei, hatte „Info" auf zwei DIN-A4-Seiten seine Aufgabe beschrieben: „Das Info versteht sich als Zeitung aller Gruppen und Individuen, die glauben, in dieser Gesellschaft nicht leben zu können, die begonnen haben, sich in irgendeiner Form gegen die bestehenden Verhältnisse zu wehren, das Info als Forum benutzen... mit anderen in Kontakt zu treten."

Die Veröffentlichungen, darunter Aufrufe der „Roten Armee Fraktion" (RAF), der „Bewegung 2. Juni", und der „Revolutionären Zellen", zielten nach Ansicht der Justizbehörden eindeutig auf eine Unterstützung terroristischer Vereinigungen (Paragraph 129 a) ab. Im Kielwasser der Terror-Propagandisten „segelte bisher eine Flottille von teilweise Naiven, teilweise gutgläubigen Anhängern" (Justizsprecher).

Nach der Durchsuchung der „Info"-Räume am Sonntagabend versammelten sich etwa 100 Demonstranten in der Nacht zu gestern vor der Polizeiunterkunft an der Friesenstraße in Kreuzberg. Sie versuchten nach Angaben der Polizei 40 Personen zu befreien, die bei „Info" vorläufig festgenommen worden waren. Als mehrere Demonstranten über die Mauer klettern wollten, räumte die Polizei die Straße und setzte Gummiknüppel ein. Ein Tor des Polizeigebäudes wurde mit blauer Farbe und Parolen „Die Schweine von heute sind die Schinken von morgen" und „Polizei = SA = SS" beschmiert.

Die Sonntag abend vorläufig festgenommenen 40 Personen wurden, wie die Polizei mitteilte, nach Feststellung der Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt. Gestern abend versuchten die Propagandisten des Extremismus nun, das Blatt in einem Haus an der Kulmer Straße in Schöneberg herzustellen und anschließend unter die Leute zu bringen.

A. R.

Elf Festnahmen in Berlin bei Durchsuchungsaktion der Polizei

Überraschende Großaktion — Beweismaterial sichergestellt

Tsp. Berlin. Bei einer überraschenden Durchsuchungsaktion aufgrund eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft des West-Berliner Kammergerichts wegen Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung sind gestern elf Personen vorläufig festgenommen worden.

Auf Beschluß des Ermittlungsrichters beim Kammergericht wurden zwischen zehn und 15 Uhr von 240 Polizeibeamten in verschiedenen Bezirken 38 Wohnungen, Druckereien und andere Firmen Beschuldigter durchsucht. Der betroffene Personenkreis ist verdächtig, für die Herstellung oder Verbreitung der linksextremistischen Druckwerke „Info Berliner undogmatische Gruppen" verantwortlich zu sein. Nach Angaben der Polizei wurden verschiedene Gegenstände beschlagnahmt, die als Beweismittel in Betracht kommen und noch ausgewertet werden müssen. Zehn der elf Festgenommenen wurden am Nachmittag wieder freigelassen. Gegen einen wurde Haftbefehl erlassen.

TAGESSPIEGEL 18.10.

Durchsuchung bei „Info-BuG" und Demonstration vor Polizeigebäude

Zweiter Einsatz gegen linksextremistisches Blatt — 40 Personen kontrolliert

Aufgrund eines Beschlusses des Ermittlungsrichters beim Kammergericht wurden am Sonntagabend die Kreuzberger Redaktionsräume des linksextremistischen Blattes „Info — Berliner undogmatische Gruppen" durchsucht. 40 Personen wurden vorläufig festgenommen und nach ihrer Überprüfung wieder entlassen. Während der Personalienfeststellung in der Polizeiunterkunft in der Kreuzberger Friesenstraße kam es zu Auseinandersetzungen zwischen 100 Demonstranten und Polizeibeamten.

Wie berichtet, hatte die Polizei aufgrund eines Ermittlungsverfahrens wegen Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Ver- [...] und beratschlagen, wie trotz polizeilicher Maßnahmen dieses Blatt hergestellt werden könne. Daraufhin beantragte die Staatsanwaltschaft beim Ermittlungsrichter des Kammergerichts einen erneuten Durchsuchungsbeschluß für den vergangenen Sonntag.

Rund 130 Beamte wurden zwischen 19 Uhr 15 und 21 Uhr 30 eingesetzt, um die 40 Personen, die sich in den Räumen am Mehringdamm 99 aufhielten, zu überprüfen und Beweismaterial sicherzustellen. Die vorläufig Festgenommenen wurden anschließend in die Friesenstraße gebracht.

Rund 100 Demonstranten sammelten sich daraufhin an dem Polizeigebäude, forderten die Freilassung und schmierten Parolen an die Mauern wie „Polizei = SA = SS". Einige versuchten, über die Mauern zu klettern. Die Polizei drängte die Demonstranten in die Bergstraße und setzte dabei die Schlagstöcke ein.

(KOTZ!) LÖWENTHAL AM 26.10. IM ZDF-MAGAZIN: (WÜRG!)

Die ersten Paar worte fehlen:
"und 38 Wohnungen und Firmen in Berlin. Ihre Inhaber stehen im Verdacht für Herstellung oder Verbreitung der Untergrundzeitschrift INFO-BUG verantwortlich zu sein. Auch hier in der Druckerei AGIT-Druck-Kollektiv werden zahlreiche Unterlagen sichergestellt. Sie werden derzeit von der Staatsanwaltschaft beim Berliner Kammergericht ausgewertet auf die INFO-BUG nicht besonders gut zu sprechen ist:

Ausgabe 143b im Februar dieses Jahres drohend: (Comic auf S.25)
"die Schweine von heute ... SChreibtischtäter ... sind die Schinken von morgen"

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen das in einer*Auflage zwischen 2- und 3000 Exemplaren (*wöchentlichen) erscheinende INFO-BUG wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Sie wendet erstmals damit dem im August vergangenen Jahres neu in das Strafgesetzbuch eingefügten Parapgraphen 129a auf Hersteller und Verbreiter eines periodischen Druckwerkes an, das als Sprachrohr terroristische Gruppierungen gilt. Hier einige Beispiele:

5 Tage nach der Ermordung von Bundesanwalt Siegfried Buback -von INFO-BUG 'Erschiessung' genannt druckte die Nr. 151 unter anderem eine Hungerstre erklärung der Berliner Häftlinge der Bewegung 2.Juni ab. Dort heißt es: (Seite 2)
"den widerstand bewaffnen
den antiimperialistischen kampf führen
gegen Faschismus und bürgerliche gewalt
bewaffneter kampf
wir werden siegen
westbierlin den 5.4.77"

ZDF-MAGAZIN (FORTSETZUNG):

SUBVERSION

2 Tage nach diesem Datum war Generalbundesanwalt Buback tot.
In der gleichen Ausgabe ein Pamphlet der sogenannte 'Revolutionäre Zelle' zur -wie es heißt- 'Hinrichtung' Bubacks: (S. 1?: Dokumente zur Zeitgeschichte)
"Revolutionärer Kampf ist nicht legal zu führen, weil in der Legalität notwendig die Anpassung an herrschende Spielregeln besteht. Daher ist praktischer Widerstand nur in der Illegealität möglich.
organisiert euch in kampfgruppen!
schafft viele revolutionäre zellen!
schafft viele bubacks!"

Daraufhin beschlagnahmten die Ermittlungsbehörden INFO-BUG 151.

2 Wocheh später meldete sich die INFO-Redaktion in Nr. 153: (S.9 -Zur 11. Beschlagnahmung)
"solche Beschlüsse können für uns nur bedeuten, daß wir erst recht dokumente der linken abdrucken und im info mit all unserer kritik und unterschiedlichen meinungen offen diskutieren und selbstbestimmt unsere revolutionären positionen festelegen -
ob bullen, staatsschutz oder hahnfeld"
(gemient ist ein staatsanwalt beim berliner kammergericht)
"info druckt für die linke wie's ihm gefällt!"

Am 10. Oktober in INFO-BUG Nr. 176 für Bubacks Nachfolger Generalbundesanwalt Kurt Rebmann eine Todesanzeige: (S.5)
" fürchte dich nicht - ich habe dich erlöst, ich habe dich bei deinem namen gerufen, du bist mein - kurt rebmann"

GIFT SPRITZE

als angeblich Trauernde:
"die linksliberalen"
darunter das geburtsdatum der bewegung 2. Juni und der entführung von hanns-martin schleyer.
Zum Schluß:
"Kölle Alaaf - Die Unterstützer"

Schon am 5. September dem Tag der Entführung von Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer hatte INFO-BUG die Parole ausgegeben: (Titelbild Nr.172)
"MACHT AUS REBMANN - REBHUHN!"
In einem Teil der Auflage wurde diese Aufforderung geschwärzt.(Machte das Savignybuchladenkollektiv bei deinen Exemplaren - nach Rücksprache.)

INFO-BUG Nr. 152 präsentierte am 18.April die Erklärung des Kommandos Ulrike Meinhof, das die Verantwortung für das Karlsruhe Attentat übernahm. Darin heißt es unter anderem: (S.2 - Abdruck aus der Frankfurter Rundschau!)
"Den bewaffneten Widerstand und die antiimperialistische Front in Westeuropa organisieren. Den Krieg in den Metropolen im Rahmen des internationalen Befreiungskampfes führen."

2 Seiten weiter zum Fall Buback: (S.4)
"wo ist das nächste schwein? dufte! ein schwein weniger! rübe ab! ratatatata! buback-zwieback du bist nicht der letzte! ... provoziert den volkskrieg! eins, zwei viele bubacks!"

Nach der Ermordung des Bankiers Jürgen Ponto am 30. Juli dieses Jahres bekannte INFO-BUG 168: (s.4 -Jürgen Ponto ermordet?)
"meine klammheimliche freude verberge ich nicht. weil ich sehe, daß es einfach weiter geht, daß etwas geschieht und einer von denen 'daoben' fehlt. er wird ersetzt, denn es gibt genug von denen. aber trotzdem fehlt jetzt einer von ihnen. wer immer es auch war. ihr seid nicht allein."
Nach der Entführung von Hanns-Martin Schleyer am 5. September antwortete die Rote Hilfe in INFO-BUG 174 auf die Frage - 'Schleier über der Linken oder: HAST DU DICH SCHON DISTANZIERT? (S.5):
"Nein, wir distanzieren uns nicht, die Rote Hilfe ist nicht bereit, sich an dem staatlich verordnetem Distanzierungs- und Abgrenzungswahn zu beteiligen, der innerhalb der Linken ausgebrochen ist."



Zurück zur Durchsuchung der Hausdruckerei von INFO-BUG. Von insgesamt 11 an diesem Tag festgenommenen Personen wurde einer verhaftet:
Gerdi Foß, 26 Jahre alt, einer der Gewerbeinhaber des AGIT-DRUCK-KOLLEKTIVS. Einen Tag später wurden zwei weitere Gewerbeinhaber der AGIT Druckerei verhaftet.Ein anderes Mitglied der Druckerei der 31-jährige Bauschlosser Heinz Herlitz wurde bereits am 12. Mai dieses Jahres zudammen mit dem 28-jährigem Diplom Psychologen Harry Stürmer in der Nähe eines mutmaßlichen Waffenverstecks der Bewegung 2. Juni im Tegler Forst festgenommen. Gegen den vielfach vorbestraften Herlitz wird derzeit wegen des Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung ermittelt.

Unter den vorübergehend festgenommenen befand sich auch der 24-jährige offset Verfielfältiger Hendrik Reinders, der Bruder von Ralf Reinders.
Ralf Reinders - hier 1976 auf dem Weg zu einer Vernehmung in Stammheim- ist als Mitglied der Bewegung 2.Juni wegen Beteiligung an der Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten Dr. Günther von Drenckmann sowie an der Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz angeklagt.

Hendrik Reinders war Anmieter der Garage, in der sich unter anderem Gegenstände aus dem Fluchtfahrzeug ~~xxx~~ fanden, das von den Lorenz-Entführern benutzt wurde. Er bestreitet etwas mit der Entführung zu tun gehabt zu haben.

Sonntag 23. Oktober 1977. Polizei und Staatsanwaltschaft durchsuchen erneut die Redaktionsräume von INFO-BUG. 40 Personen werden vorübergehend festgenommen. Das Haus am Mehringdamm 99 ist zugleich Sitz der Roten Hilfe, die sich zu den kriminellen Zielen der Terroristen bekennt.

INFO-BUG hatte für diesen Abend alle Wohngemeinschaften und Gruppen aufgefordert beim Legen des Untergrundblattes zu helfen. Das umfangreiche Beweismaterial wird zur Zeit von der Staatsanwaltschaft ausgewertet.

INTERVIEW :

Herr Generalstaatsanwalt welches Ziel verfolgen Sie mit diesen spektakulären Durchsuchungsaktion?

-Die Unterstützer von terroristischen Vereinigungen zu ermitteln und auszuschalten. Die politische Druckschrift INFO-BUG erscheint seit 1974 periodisch. Seit Februar 1977 mußten wir dazu übergehen fast jede Ausgabe zu beschlagnahmen, weil unsachliche und agitatorische Angriffe gegen den Rechtsstaat, die Strafverfolgungs-Behörden und die Strafvollzugsbehörden enthalten waren. Seit April 1977 der Ermordung des Generalbundesanwalts Buback sind die Herausgeber dazu übergegangen für die Ziele terroristische Vereinigubgen offen zu werben. Bei diesen Vereinigungen handelt es sich um die Bewegung 2.Juni, die Rote Armee Fraktion und die Revolutionären Zellen. Die Herausgeber zielen durch ihre ~~Veröffentlichung~~ Verhalten darauf ab im Wege der Öffentlichkeitsarbeit neue Mitglieder zu werben und die Ziele der terroristischen Vereinigungen zu proklamieren.

Warum sind Sie erst jetzt massiv gegen INFO-BUG vorgegangen?

-weil uns weder die Personen der Herausgeber noch die Drucker noch der Verteiler bekannt waren. Durch kriminalistische Feinarbeit, die sich über 2 Monate erstreckten mußten wir diesen Personenkreis ermitteln. Das war erst im Oktober 1977 der Fall und erst zu diesem Zeitpunkt konnten wir zugreifen. Lassen Sie mich abschließend betonen, daß das der erste fall ist, wo wir nicht nur gegen Personen vorgehen, die durch aktives Tun dazu beigetragen haben die terroristischen Vereinigungen zu unterstützen ...

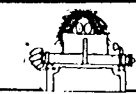
Also durch das zur Verfügung stellen von Wohnungen oder Pässen oder ...

-...von Autos, sondern daß wir es hier mit einem Personenkreis zu tun haben, die als Sprachrohr diese terroristischen Vereinigungen auftreten und offen dazu übergegangen sind neue Mitglieder für diese terroristischen Vereinigungen zu werben.

ABSCHLIESSEND LÖWENTHAL :

Aus diesem Bericht von Ernst Martin geht hervor, daß den Berliner Polizei und Justizbehörden ein besonderer Dank dafür gesagt werden muß, daß sie mit ihren entschlossenen Vorgehen gegen das linksextremistische Unkraut ein Zeichen gesetzt haben, daß hoffentlich nun überall in der Bundesrepublik zu ähnlichen Aktionen führen wird.
Schon erscheinen allenthalben Schleyer-Schmähungen und - wie auf diesem Plakat des KBW- grobschlächtige Diffamierungen des Strafvollzuges. Interessant übrigens, daß bei der Verteilung dieses Pamphlets in Berlin unter anderem eine Lehrerin und ein Referendar erwischt wurden.

„Mord beginnt beim bösen Wort"



SPIEGEL-Serie über Sympathisanten und sogenannte Sympathisanten IV: Spontis, Anarchos, Buchläden

• • •

Das Makabre, das Zynische wird gepflegt in einer Szene, die sich partiell als revolutionär, partiell als ausgeflippt und zu einem guten Teil wohl auch gar nicht mehr begreift. Sie ist angesiedelt irgendwo zwischen Untergrund und Subkultur, hat ihre eigenen Kneipen und ihre — mitunter verborgenen — Druckereien, bietet immer irgendwo eine Bleibe für solche, die vorsichtigerweise nicht zu lange an einem Ort sein wollen, und erteilt fortwährend Ratschläge wie diese:

> Daß die Bullen den berühmten Sumpf gern austrocknen würden, ist hinlänglich bekannt, daß sie sich damit schwerer tun, als einige von uns denken, davon sollten wir zumindest ausgehen. Sie haben zwar Computer, sie arbeiten mit Soziogrammen, aber, womit sie sie füttern, hängt in erster Linie von uns selber ab. Von den Infos, die sie durch unsere eigene Schludrigkeit und Sorglosigkeit kriegen. Deshalb noch einmal:
>
> 1. Adressbücher gehören generell in den Ofen oder sonst ein Feuer.
>
> 2. Telefonnummern, die nicht in den öffentlichen Telefonbüchern stehen oder bei der Auskunft zu erfragen sind, könnt ihr codieren, indem ihr eine für euch feststehende Zahl zu der multipliziert, oder sie mit Buchstaben ausdrückt usw. Grundsätzlich Vorwahlen weglassen. Namen ändern oder nur Anfangsbuchstaben des Vornamens verwenden.
>
> 3. Empfehlenswert ist es, das Telefonbuch mit Intimfeinden anzureichern. Die Bullen gehen jeder Spur nach, also auch wenn z. B. Bankdirektoren, Unternehmer oder Polizeibeamte drinstehen, keinesfalls aber Genossen ...

„Wer die Spinner sind, wissen wir nicht immer."

Solche Tips des „Info Berliner Undogmatischer Gruppen" liegen auch in der Provinz in einschlägigen Kommunikations- und Aktionszentren aus —

• • •

Innerhalb dieser bizarren Szene orientieren sich die Verfassungshueter und Staatsschuetzer am liebsten an Bekun-dungen, die sie schwarz auf weiß ins Amt tragen können — vor allem an den über hundert Alternativ-, Studenten- und Untergrundzeitungen, die in der Bundesrepublik erscheinen, manchmal rechtswidrig ohne oder mit falschem Impressum. Und oft genug werden die Beamten bei der Lektüre fündig, die Sympathien sind ganz und gar eindeutig. So schreibt

- der „Gute Morgen" aus Braunschweig: „... Drenkmann, Buback, Ponto. Selbst, wenn man diese Aktionen für falsch hält, wen wundert es, wenn jemand zuschlägt, der einen nach dem anderen seiner Kampfgenossen von den Schweinen umgebracht sieht";
- das „Wilde Huhn", herausgegeben von Kommunarden in Salzgitter: „Durch die Gewalt, die der Staat gegen die Bevölkerung ausübt, ergibt sich für uns die Richtigkeit der Politik der Guerilla und die Notwendigkeit, sie zu unterstützen";
- das „Info Berliner Undogmatischer Gruppen" („Infobug"): „Sozialisten, Kommunisten / nehmt eure Waffen zur Hand / reiht euch ein in die Rote-Armee-Fraktion / unterstützt den Befreiungskampf";
- der „Revolutionäre Zorn": „Der bewaffnete Kampf ist nicht die Lösung aller Widersprüche, aber ohne ihn gibt es keine Lösung";
- das „Mob" aus Frankfurt über Generalbundesanwalt Rebmann: „Er wird noch einiges lernen können, wenn ihm die Zeit dazu bleiben sollte. Es gibt da ein altes deutsches Sprichwort: ‚Kommt Zeit, kommt RAF'. In diesem Sinne wünschen wir Rebmann eine erfolgreiche berufliche (Erdum)laufbahn".

• • •

Und auch aus der jüngsten einschlägigen Justizaktion erhellt Zwiespältiges, werden ganz und gar unterschiedliche Einschätzungen deutlich. Am Montag vorletzter Woche fahndeten in Berlin 240 Beamte nach der Nummer 163 des linksextremen „Infobug", die freilich seit Wochen unbeanstandet im Umlauf war. Während einer fünfstündigen Aktion wurden elf Personen festgenommen sowie insgesamt 38 Wohnungen und Buchläden durchsucht. Aus den Buchhandlungen „Comune", „Das politische Buch" und der „Buchladen-Kollektiv GmbH" setzten die Polizisten jeweils Mitarbeiter fest und filzten deren Privaträume.

Am vorletzten Sonntagabend rückten dann noch einmal rund 130 Polizisten und drei Staatsanwälte zentral in die Räume des „Infobug" am Kreuzberger Mehringdamm 99 ein und nahmen 40 Anwesende fest und mit in Polizeigewahrsam, aus dem rund 100 Demonstranten die Sistierten wieder rauszuholen versuchten.

Es ist von Bedeutung, daß sich die Staatsanwaltschaft bei der Aktion auf Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (Paragraph 129 a StGB) berief — nicht nur weil Terror-Verdacht dringlich gewesen sein mochte, sondern für den Fall des Gegenteils: Die neuen Gewaltvorschriften 88 a und 130 a nämlich dekken zwar leicht den ersten Zugriff im Ermittlungsverfahren, taugen aber andererseits nicht viel bei Anklage und Verurteilung.

Zudem eröffnet der theoretisch eher auf Begrenzung angelegte Passus des Paragraphen 88 a, der „verfassungsfeindliche" Befürwortung von Straftaten definiert, praktisch eher erweiterte Eingriffsmöglichkeiten. Denn die im Paragraphen angeführten verfassungsfeindlichen „Bestrebungen" sind ihrerseits an anderer Stelle des Strafgesetzbuches (im Paragraphen 92) so ausufernd umschrieben, daß nahezu jedes brisante politische Wort als verfassungswidriger Umtrieb ausgelegt werden kann.

Handwerklich miserabel wäre ein Staatsanwalt, der trotz solch umfassendem Angebot bei bösestem Willen, in politisch aufgeheizter Atmosphäre, keine Handhabe zum Zugriff fände. Kaum vorstellbar überlegen wäre ein Staatsanwalt, der trotz gutem Willen vor soviel Abstraktem nicht kapitulierte und in Gefahr geriete, mehr nach Augenmaß zu ermitteln als nach Gesetz.

SPIEGEL v. 14.11.

Zwei eng beschriebene Bogen machen das Beweisstück aus: eine „Hungerstreikerklärung" zugunsten der RAF-Häftlinge, die lang und breit gegen „Vernichtungshaft", „Entmenschung" und „Gehirnwäsche" protestiert, „Widerstand gegen den Schweinevollzug" fordert und in zwei Schlußzeilen die RAF-Parole intoniert: „Alle Macht dem Volk durch Eroberung der Gewalt — Freiheit durch bewaffneten antiimperialistischen Kampf."

Ein Arzt, heute 33, und eine Diplompsychologin, heute 28, hatten das Pamphlet auf dem Schulgelände des Heidelberger Helmholtz-Gymnasiums in der Rohrbacherstraße verteilt — morgens zwischen 7 und 8 Uhr, am 17. September 1974. Seitdem beschäftigen sich die Gerichte mit dem Vorfall, und letzte Woche sprach die letzte Instanz: scharf wie nie zuvor.

Der Bundesgerichtshof (BGH) machte klar, daß Sympathisanten, die Terrorflugblätter verteilen, nicht mehr davonkommen sollen. Der politische Senat verkündete zwei Grundsätze, an denen sich die Rechtsprechung in Sachen Terrorismus-Abwehr künftig orientieren muß:

- Danach gilt die „Betätigung für schwerkriminelle Vereinigungen" als „besonders schwerer Fall" im Sinne des Paragraphen 129 Strafgesetzbuch (StGB) — Strafrahmen: sechs Monate bis fünf Jahre.
- Danach gilt die Strafaussetzung in solchen Fällen im allgemeinen als „wenig geeignet", „Sympathisanten des Terrors vor strafbarer Hilfeleistung abzuschrecken".

Ursprünglich hatte das Karlsruher Landgericht beide RAF-Freunde „wegen gemeinschaftlichen Werbens für eine kriminelle Vereinigung" zu Frei- →

SPIEGEL (FORTSETZUNG)

heitsstrafen mit Bewährung verurteilt: den Arzt (weil noch Hausfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt hinzukam) zu neun Monaten, die Diplompsychologin zu sechs Monaten. Der BGH mochte die Strafaussetzung zur Bewährung nicht akzeptieren und wies den Fall zur Neuverhandlung an die erste Instanz zurück.

° ° °

Das nunmehr zuständige Stuttgarter Landgericht wird danach nicht umhin können, die gesetzlichen Mindeststrafen zu verhängen; auch an der Strafverbüßung führt kaum ein Weg vorbei. Denn genausowenig kompromißbereit wie bei den Strafmilderungsgründen äußerte sich der BGH-Senat zum Thema Bewährung:

Zu prüfen sei, so fanden die BGH-Richter, „ob angesichts des in den letzten Jahren bedrohlich zunehmenden Terrorismus die Gewährung der Strafaussetzung nicht Anlaß zu Mißdeutungen geben kann, daß das Vertrauen der Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit der Rechtspflege schwindet".

UND HIER BIETET JAN PETERS IN DER ZITTY SEINE PRIMA ALTERNATIVE AN:

NEIN DANKE

Jan Peters

Solidarisieren oder distanzieren?

Aktion gegen Info-BUG: Der Staat schlägt ins Wasser

> „Dieser unreflektierte linke Pluralismus kann auch von Spontiblättern nicht mehr durchgehalten werden."

Am Sonntag, dem 23.10.77, fand eine großangelegte Staatsschutzaktion gegen das Berlin Sponti-Blatt „Info-BUG" statt, in deren Verlauf 40 Personen unter dem Verdacht der „Unterstützung terroristischer Vereinigungen" festgenommen wurden, von denen zumindest einige daraufhin angeklagt werden dürften.

Auf Anordnung des Berliner Kammergerichts, bei dem ein Ermittlungsverfahren wegen dieses behaupteten Straftatbestandes läuft, erschienen leitende Staatsschutzbeamte in „Begleitung" von 25 Polizeimannschaftswagen (und des ZDF!), um die Redaktionsräume zu durchsuchen und bei dieser Gelegenheit des „harten Kerns" habhaft zu werden, da immer noch von der Annahme ausgegangen wird, daß wie bei Gesellschaften bürgerlichen Rechts auch hier eine bestimmte Personengruppe – im Sinne des Presserechts! – verantwortlich ist.

Die Annahme des „dringenden Tatverdachts" stützt sich auf die empirisch nicht bestreitbare unkommentierte Veröffentlichung von insgesamt neun Texten, die von anonymen der RAF und ähnlichen Gruppen zumindest nahestehenden Verfassern stammen und die Mordanschläge der letzten Monate politisch begründen und so im nachhinein rechtfertigen. Unterschlagen wird dabei aber, daß alle anderen Texte von Gruppen verfaßt wurden, die die Positionen der Terroristen nicht teilen und sich deshalb auch kritisch damit auseinandersetzen.

Da innerhalb von wenigen Wochen gleich drei Großaktionen dieser Art gegen ein relativ kleines Blatt durchgeführt wurden, erscheint es sinnvoll, einmal an dieser Stelle auf den Zusammenhang zwischen Staatsschutzpolitik und falscher Solidarisierung einzugehen, der an der diffus-pluralistischen „Konzeption" dieses Info-BUG festzumachen ist.

Dieser unreflektierte linke Pluralismus kann auch von Spontiblättern, die nach wie vor für „die Szene" wichtig sind und nicht unnötig gefährdet werden sollten, nicht mehr durchgehalten werden.

Die politischen Morde an Drenkmann, Ponto, Buback und Schleyer haben die Gewaltverhältnisse weiter zu Gunsten der Herrschenden verändert. An die Stelle der Ermordeten sind andere Reaktionäre getreten; Sondergesetze und engherzige konservative Auslegung geltender Bestimmungen reduzieren die Grundrechte immer mehr.

Linke Politik stößt so auf immer mehr Schwierigkeiten. Die falsche Solidarisierung auf „der Linken" hat eine ebensolche bei den bürgerlichen Kräften zum Ergebnis: die von Springer/FAZ manipulierte „Volksgemeinschaft", die Terror emotional richtig ablehnt, aber nicht als gesellschaftlich bedingt erkennt, wählt nach den letzten Umfragen wieder in ihrer Mehrheit SPD/FDP, weil diese auf der Antiterrorwelle erfolgreich mitschwimmt und dabei häufig selbst noch die CDU-„Opposition" in den Schatten stellt.

Wie immer in der Geschichte versucht das Krisenmanagement die zunehmende soziale Krise politisch zu überwinden und zwar durch die Projektion der eigenen menschenfeindlichen Gewaltpolitik auf kleine machtpolitisch irrelevante Gruppen – wie in diesem Falle des Info-BUG. Die falsche Solidarisierung mit der RAF und strukturell ähnlichen terroristischen Gruppen ermöglicht es erst den Scharfmachern durch massenpsychologische Tricks die Agressionen der von der Krise immer mehr verunsicherten Bevölkerung von der eigenen Gewaltstruktur weg auf kritische Minderheiten hinzulenken und so „das System" zu stabilisieren. Linke werden damit schlechthin zu Terroristen.

Die RAF tätigte vor Jahren ihre illegalen Waffenkäufe in der „Wolfsschanze", dem damals wichtigsten Treff der Westberliner Rechtsradikalen (NPD, Deutscher Block/Wikingjugend etc.). Kontaktmann war ein gewisser Horst Mach. Das wurde vom Berliner Extradienst ermittelt und ist auch inzwischen gerichtsbekannt.

Es gab weiter Kontakte zu dem illegalen Waffenhändler und Desperado Günther Voigt, der seinerzeit im Republikanischen Club und SDS pseudorevolutionäre Sprüche von sich gab und für bewaffnete Aktionen öffentlich auftrat, dann aber bald in rechten Splittergruppen aktiv wurde, die schon vor Jahren Anschläge auf die Räume des Extradienstes und der linken Buchläden verübten. Heute hält sich Voigt in der Nähe des DVU-Vorsitzenden und Herausgeber der rechtsextremen „National- und Soldatenzeitung", Dr. Gerhard Frey, auf.

Peter Urbach, führendes Mitglied des Republikanischen Clubs, wurde seinerzeit mit Horst Mahler, damals prominenter ApO-Anwalt, bekannt und kam dann über diesen zur RAF. Später war er als Staatsschutzbeamter „Kronzeuge" der Anklage mit begrenzter Aussageerlaubnis, was den irregeleiteten RAF-Leuten unverhältnismäßig hohe Strafen einbrachte.

Inzwischen gibt es einen faschistischen Buback-Nachruf, der sich kompromißlos hinter die politischen Morde der RAF stellt. Im Gegensatz übrigens zu dem sich von den „Killer-Methoden" distanzierenden überall bewußt fehlinterpretierten Mescalero-Artikel. Und gerade Franz-Josef Strauß, der „die Terroristen" zu gerne der Lynchjustiz des Volkes übergeben würde, hat schon 1971/72 sein „Programm zur politischen Neuorientierung Europas" unter der Vorherrschaft des BRD-Kapitals unter dem Titel „UN PIANO PER L'EUROPA" bei Giovanni Volpe (1000197 Roma, Via Mercati 51) veröffentlicht. Dieser Verlag gehört dem Sohn von Mussolinis Hofhistoriker, der führender Exponent der MSI – der faschistischen Partei Italiens – ist und neben Strauß so berüchtigte Autoren wie de Stefani, Evola, Graziani, Gentile, Rocca und E. Jünger publiziert.

Vor kurzem erschien in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", dessen Chefredakteur Fest mitverantwortlich für die Hitler-Welle ist, ein sarkastischer Kommentar von dem konservativen ZDF-Journalisten Johannes Groß, der der RAF applaudierte, weil sie den Selbstreinigungsprozeß des Staates vorantreibe.

Solche sicher nicht zufälligen Zusammenhänge sollten auch Spontis zu denken geben, die sich in letzter Zeit oft nur sehr ungerne der Anstrengung des begrifflichen Denkens und der konsequenten politischen Kleinarbeit unterwerfen. Sind es doch gerade die praktizierten alternativen Lebensformen wie Wohngemeinschaften, Abbau des Rollenverhaltens in allen Lebensbereichen, Arbeitskollektive, Jugendzentren etc. (= bewußtes Leben), die systemverändernd wirken. Ein Medium für solche Dinge und anderes, was Spaß macht, fehlt hierzulande. Kompost, Graswurzelrevolution und ID (Frankfurt) sind solche regionalen Szeneblätter, die wertvolle Impulse geben, sich nicht unnötig gefährden und so andere linke Publikationen gut ergänzen.

Das Info-BUG löst seinen undogmatischen Anspruch nicht ein. Solange es sich nicht von dem Dogma dieses offenbar vom Staatsschutz mitinitiierten bewaffneten Kampfes nicht distanziert und derartige von Rechten lancierten Texte dokumentiert, schließt es sich selbst aus der innerlinken Diskussion und Solidarität aus.

JETZT LANGTS!

Sofortige Freilassung der Drucker von AGIT-Druck

